©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HENNING KÖHLER

ARBEITSBESCHAFFUNG, SIEDLUNG UND REPARATIONEN IN DER SCHLUSSPHASE DER REGIERUNG BRÜNING

Trotz der zahlreichen Arbeiten, die sich mit der Wirtschaftspolitik der Ära Brüning beschäftigen, kann von einer befriedigenden Klärung dieses Problems nicht die Rede sein. An der Behandlung der Frage hat die Nationalökonomie naturgemäß ein besonderes Interesse, indem sich die große Depression der 30er Jahre nicht nur als Modellfall für eine totale Wirtschaftskrise anbietet, sondern sie auch in ihrer epochalen Wirkung für die wirtschaftliche Standortbestimmung der Gegenwart von entscheidender Bedeutung gewesen ist. Schließlich hat die moderne Konjunkturforschung von der Krise ihren Ausgang genommen.

Gegenüber diesen Arbeiten von wirtschaftswissenschaftlicher Seite[1], die die Wirtschaftspolitik Brünings auf Grund der aus der Überwindung gewonnenen Erfahrungen überwiegend negativ beurteilen, hat nun die 1962 erschienene Arbeit von W. J. Helbich[2] über die Reparationspolitik Brünings, der wohl konsequenteste Versuch einer Rechtfertigung der Politik Brünings, die Diskussion auf eine andere Ebene verlagert. Helbich stellt die weithin gebilligte These auf, daß die Politik Brünings – und das trifft in besonderem Maße auf die Wirtschaftspolitik zu – nur von der Reparationsfrage her zureichend zu verstehen sei. Die gesamte Amtszeit Brünings sei von dem Primat der Außenpolitik, der Revision des Young-Plans, d. h. der Lösung der Reparationsfrage, bestimmt gewesen. Dadurch erhält die Frage der Wirtschaftspolitik und damit zugleich die Beurteilung der Möglichkeiten einer Konjunkturbelebung einen anderen Stellenwert. Die von wirtschaftswissenschaftlicher Seite erhobenen Vorwürfe gegen die „Fehler" der Wirtschaftspolitik Brünings gehen nach Ansicht Helbichs an dem eigentlichen Problem vorbei, da die Reparationspolitik als ausschlaggebender Faktor nicht erkannt worden ist. Nach Helbich war die Politik Brünings darauf abgestellt, „unter bewußter Zurückstellung von Versuchen zur Wiederbelebung der deutschen Volkswirtschaft, ja unter wesentlicher Verschärfung der Krise, die Beseitigung der Reparationslasten in kürzestmöglicher Frist zu erreichen"[3]. Wenn auch die Wirtschaftspolitik hier unter grundsätzlich anderen Voraussetzungen gesehen wird, so ist doch ebenfalls die Vorstellung maßgebend, daß die Politik der Regierung gegenüber der Wirtschaftskrise von

[1] Vgl. etwa die Arbeiten von Grotkopp, Kroll, Nöll von der Nahmer, Hahn. Bei allem Verdienst um die Klärung der wirtschaftspolitischen Problematik findet bei diesen Autoren die Erfassung des historischen Ablaufs der wirtschaftlichen Entwicklung naturgemäß geringere Berücksichtigung. Darüber hinaus mangelt es an einer zureichenden Differenzierung bei der Beurteilung der Alternative, d. h. der Vorschläge und Programme, die von den Kritikern, vom Kreis der sog. Reformer, denen die oben zitierten Autoren zum überwiegenden Teil angehörten, angeboten wurde.

[2] W. J. Helbich, Die Reparationen in der Ära Brüning, Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930 bis 1932, Berlin 1962.

[3] Ebenda, S. 58.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer einheitlichen Konzeption bestimmt gewesen ist. Diese wird gemeinhin mit dem Schlagwort Deflationspolitik gekennzeichnet, was entweder mit negativem Vorzeichen als passives Verhalten gegenüber der Krise oder – im Falle Helbich – als aktives, genau kalkuliertes Zuwarten auf den geeigneten Zeitpunkt für einen radikalen Kurswechsel im Sinne einer wirksamen Konjunkturbelebung verstanden wird.

Demgegenüber soll – unabhängig von der Frage, was in der Krise an sich richtig gewesen wäre[4] – eine Antwort auf die Frage gesucht werden, was denn konkret die Regierung Brüning im Frühjahr 1932 geplant und an Maßnahmen vorbereitet hatte und von welchem Horizont her sie ihre Wirtschaftspolitik verstand. Dabei muß ein gewisses methodisches Mißtrauen gegenüber der bisherigen Betrachtungsweise in zweierlei Hinsicht geltend gemacht werden. Abgesehen von der Skepsis gegenüber den Versuchen einer weitgehend monokausalen Deutung und Beurteilung der Wirtschaftspolitik Brünings muß ein grundsätzlicher Vorbehalt hinsichtlich der Benutzung und Auswahl der Quellen erhoben werden. Dies bezieht sich vor allem auf die Heranziehung von Sekundärquellen, der Memoirenliteratur sowie späteren Stellungnahmen usw. Die Benutzung dieser Art von Quellen war, solange die Einsicht in die Regierungsakten nicht möglich war, ein notwendiger, aber nicht unbedenklicher Ausweg, wie es sich nun an Hand der Akten erweist[5]. Der Vergleich zwischen den Akten und den nachträglichen Bekundungen der Beteiligten zeigt eine erhebliche Diskrepanz[6], für die sich eine Erklärung unschwer finden läßt. Denn bei der historisch kaum zu überschätzenden Bedeutung des Sturzes Brünings im allgemeinen und der in der Folgezeit durchgeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im besonderen, die in deutlichem Kontrast zu der Passivität der Ära Brüning in dieser Hinsicht standen, war der Hang zur Rechtfertigung übermächtig, wobei natürlich Erinnerungslücken u. ä. in Rechnung zu stellen sind.

Nachdem Brüning selbst im Reichstag das Stichwort gegeben hatte, wird die Situation seiner Regierung immer wieder dahingehend charakterisiert, daß sie bei

---

[4] Der bei weitem fundierteste Versuch, die Wirtschaftspolitik Brünings von nationalökonomischer Seite zu analysieren, Alternativen aufzuzeigen und zugleich die These Helbichs in kritischer Distanz in die Fragestellung einzubeziehen, findet sich bei Horst Sanmann, Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, in: Hamburger Jahrbuch f. Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 10 (1965), S. 109–140.

[5] Die Untersuchung stützt sich hauptsächlich auf die im Bundesarchiv Koblenz befindlichen Akten der Reichskanzlei und des Reichsfinanzministeriums sowie auf das im Archiv des Instituts f. Zeitgeschichte liegende, sehr reichhaltige Tagebuch des damaligen Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium Dr. Hans Schäffer; für die Benutzungsgenehmigung bin ich Herrn Prof. Dr. W. Conze und Herrn Dr. J. Becker zu großem Dank verpflichtet.

[6] Besonders deutlich zeigt sich dies am Beispiel des vom Kabinett Ende Mai 1932 verabschiedeten Entwurfes der Verordnung über die Verwendung nicht entschuldungsfähiger Grundstücke im Osthilfebereich (Zwangsversteigerung), den nachträglich Ministerialdirektor Reichard, der höchste Beamte in Schlange-Schöningens Kommissariat f. d. Osthilfe als Referenten-Vorentwurf qualifiziert hatte, während Brüning in diesem Zusammenhang von einer „Privatarbeit eines Beamten in Schlanges Ministerium" spricht (Brief Brünings an den Grafen Brünneck-Belschwitz v. 12. Okt. 1948; zitiert bei Graf H. v. Borcke-Stargordt, Der ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt, Krise und Politik, Würzburg 1957, S. 64).

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihrem Sturz „100 Meter vor dem Ziel" gestanden habe[7]. Gemeint ist damit die endgültige Regelung der Reparationsfrage, die sechs Wochen später auf der Lausanner Konferenz erfolgte. Seit der Arbeit von Helbich hat die Vorstellung, daß Brüning unmittelbar vor einem durchschlagenden, seine Politik rechtfertigenden Erfolg gestanden habe, noch an Bedeutung gewonnen; sie ist gleichsam um eine Dimension erweitert worden. Denn für Brüning sei die – wie Helbich meint – sicher zu erwartende Lösung der Reparationsfrage nicht nur unter dem Gesichtspunkt einer wesentlichen Verbesserung der außenpolitischen Lage und der damit erhofften positiven Auswirkungen auf die innenpolitische Situation von Bedeutung gewesen, sondern dieser außenpolitische Erfolg müsse als Voraussetzung für einen grundsätzlichen Kurswandel der Wirtschaftspolitik Brünings hinsichtlich der entscheidenden Frage der Arbeitsbeschaffung angesehen werden.

Nach Helbich war für Brüning „eine dauerhafte Überwindung der deutschen Wirtschaftskrise nur *nach* der Befreiung von den Reparationszahlungen und den übrigen Beschränkungen des Young-Planes möglich"[8]. Seine bis dahin gezeigte Zurückhaltung gegenüber allen Vorschlägen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise durch eine aktive Konjunkturpolitik wäre keineswegs der Ausdruck einer konzeptionslosen Passivität oder einer verfehlten Beurteilung der Krisensituation gewesen; vielmehr lag diesem Verhalten eine präzise kalkulierte Planung zugrunde. Den Beweis dafür sieht Helbich darin, daß beim Sturz Brünings, also kurz vor der Lösung der Reparationsfrage, „detaillierte Pläne zur Arbeitsbeschaffung ausgearbeitet" vorlagen[9]. Unter Hinweis auf die Erklärung der zurückgetretenen Regierung Brüning vom 6. Juni 1932, die von einem bereits sorgfältig ausgearbeiteten Arbeitsbeschaffungsprogramm für 600000 Mann sprach, stellt Helbich fest: „Mit der Ausführung dieser Pläne wurde nur deshalb noch gewartet, weil die Lausanner Reparationskonferenz bevorstand – weil Brüning neben seiner wirtschaftspolitischen Aktivität auch Passivität gegenüber den von ihm keineswegs grundsätzlich abgelehnten Reformplänen zum Erreichen seines wichtigsten Zieles für absolut nötig hielt."[10]

Das eindrucksvolle Bild eines in sich geschlossenen Geschehensablaufes[11], einer Kette programmierter Aktionen, soll im folgenden auf seine Verifizierung durch die Aussagen der Quellen überprüft werden, besonders was die Verzahnung der Reparationsfrage mit der Arbeitsbeschaffung bei absoluter Priorität der Revisionspolitik gegenüber dem Young-Plan betrifft.

Folgt man der These Helbichs, so müßte die Ausarbeitung des Arbeitsbeschaf-

[7] Verh. d. Reichstags V, 63. Sitzung am 11. Mai 1932; Bd. 446, S. 2002.

[8] W. J. Helbich, a. a. O., S. 59.

[9] Ebenda, S. 54.

[10] Ebenda.

[11] Das Junktim von Reparationslösung und Arbeitsbeschaffung findet sich zuletzt bei Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966, S. 298, und Werner Conze, Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929–1933, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33, Hrsg. v. W. Conze u. H. Raupach, Stuttgart 1967, S. 225f.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fungsprogramms, angesichts des sich „deutlich abzeichnenden Erfolges von Lausanne"[12], im Frühjahr 1932 in klarer Beziehung zur Reparationspolitik stehen. Stattdessen liegt der Ausgangspunkt für die nähere Beschäftigung mit der Frage der Arbeitsbeschaffung auf ganz anderem Gebiet, nämlich in dem Bereich der Sozialpolitik. Im Januar 1932 zeichnete sich infolge der kontinuierlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit ein erhebliches Defizit in der Arbeitslosenfürsorge ab, das die Regierung zu der Überlegung zwang, inwieweit das bisherige System der Arbeitslosenunterstützung aufrechterhalten werden könnte.

Am 25. Januar fand darüber im Kabinett eine Aussprache statt[13], wobei man auf der Suche nach einem Ausweg aus diesem Dilemma verschiedene, z. T. abwegige Vorschläge[14] äußerte und sich auch der im Grunde ja naheliegenden Frage der Arbeitsbeschaffung zuwandte. Dieses Problem wurde jedoch in einer auch für die spätere Entwicklung charakteristischen Weise angegangen. Zuerst wurde es von Finanzminister Dietrich angesprochen, der der weitverbreiteten Wunschvorstellung Ausdruck gab, daß man die Unterstützung produktiv gestalten müßte, d. h. daß man von den Arbeitslosen für die gewährte Unterstützung auch eine Leistung verlangen sollte[15]. Er wies auf die Möglichkeit des Ausbaus des freiwilligen Arbeitsdienstes hin und setzte sich weiter dafür ein, Investitionsmittel so zu verwenden, daß Projekte, bei denen die Handarbeit vor allem eine Rolle spielte, bevorzugt würden. Darüber hinaus meinte er, „man müsse vielleicht Aufwendungen von einer Milliarde machen, um genügend Arbeit beschaffen zu können". In ähnlicher Weise äußerte sich auch Verkehrsminister Treviranus, der einige Einzelvorschläge machte und sich grundsätzlich für verstärkte „Spatenarbeit" aussprach. Brüning vertrat abschließend die Ansicht, daß eine Anzahl der Vorschläge „sicherlich brauchbar" wäre und bat den Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsminister um eine baldige Behandlung dieser Fragen.

Daraufhin fand am 12. Februar eine Ressortbesprechung statt, die eine hoffnungsvolle Perspektive zu eröffnen schien. Das einleitende Referat hielt Oberregierungsrat Lautenbach[16], einer der aktivsten Vertreter des „Kreises der Reformer",

[12] Helbich, a. a. O., S. 9.

[13] B. A. R 43 I, Bd. 1455.

[14] Hierbei kamen im allgemeinen konservative Ressentiments gegen die „ganze Richtung" des Systems der Arbeitslosenhilfe zum Ausdruck, während einzelne Vorschläge sich auf die Herausnahme verschiedener Berufszweige aus der Arbeitslosenversicherung, auf die Vereinheitlichung des Systems der Arbeitslosenhilfe auf Kosten des Anspruchs auf die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung sowie auf die abenteuerliche Idee erstreckten, die Unterstützung auf die Gewerkschaften abzuwälzen, denen diese leidige Aufgabe mit der Aussicht auf eine Pflichtmitgliedschaft der Arbeitslosen schmackhaft gemacht werden sollte. – Zu den Anschauungen Goerdelers, der sich an dieser Aussprache stark beteiligte, vgl. G. Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956, S. 49ff.

[15] Dieser Gedanke findet sich schon früher bei Dietrich; vgl. Prot. d. Min.besprechung v. 27. Okt. 1930, B.A. R 43 I, Bd. 1447 sowie seine Ausführungen auf der Landestagung der Demokraten in Stuttgart am 6. Jan. 1931, Schulthess' Europ. Geschichtskalender 1931, S. 8.

[16] Zu Lautenbach vgl. G. Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958, S. 380ff.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der die Chancen für eine Arbeitsbeschaffung folgendermaßen beurteilte: „Die Mittel zur Finanzierung öffentlicher Aufträge dürfen nicht anderweitigen produktiven Verwendungsmöglichkeiten z. B. durch Besteuerung der Wirtschaft entzogen werden. Eine Ankurbelung der Wirtschaft ist nur möglich, wenn es sich nicht nur um eine Kaufkraftverlagerung, sondern um die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft durch *Kreditausweitung* handelt."[17] Während der Vertreter der Reichsbank gegenüber den Ausführungen Lautenbachs deutliche Vorbehalte anmeldete, stimmten die übrigen Ressortvertreter ihnen in geradezu überraschender Einigkeit zu. Staatssekretär Trendelenburg identifizierte sich bei dieser Besprechung mit den Ausführungen seines Oberregierungsrates und kritisierte den währungspolitischen Purismus der Reichsbank, „da ein weiterer Zusammenbruch der Wirtschaft möglicherweise noch größere Gefahren für die Währung zur Folge habe".[18]

Die hier zutagegetretene Übereinstimmung in der Frage einer Arbeitsbeschaffung durch Kreditschöpfung blieb allerdings ohne Folgen. Als am 20. Februar im Kabinett mit dem Problem der Finanzierung der Arbeitslosenhilfe die Frage der Arbeitsbeschaffung auf die Tagesordnung kam[19], trat ein charakteristisches Junktim zwischen beiden Sachbereichen in Erscheinung. Nach der Schätzung des Arbeitsministeriums für das Rechnungsjahr 1932 mußte mit einer Durchschnittszahl von 5,6 bis 5,7 Millionen Arbeitslosen – 1931 waren es 4,85 – gerechnet werden, was ein Defizit von ungefähr 600 Millionen ergab[20]. Da es angesichts der Etatlage klar war, daß dieses Defizit in der Hauptsache nur durch Kürzungen der Unterstützungsleistungen ausgeglichen werden konnte, erhielt die Frage der Arbeitsbeschaffung eine besondere Bedeutung. In diesem Zusammenhang hatte die Arbeitsbeschaffung nicht die Funktion einer „wiederbelebenden Wirkung auf die Gesamtwirtschaft", wie es sich Lautenbach vorgestellt hatte, sondern hier ging es in erster Linie darum, eine Kompensation in Form eines materiellen Anreizes gegenüber dem geplanten Abbau sozialer Leistungen zu schaffen. In Übereinstimmung mit Stegerwald erklärte daher Brüning, „daß es nach seiner Meinung bei dem ganzen Fragenkomplex ausschlaggebend darauf ankomme, ob es gelinge, ausreichend Geldmittel (!) für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm freizumachen. Denn nur dann, wenn man der Arbeiterschaft die Aussicht auf Mehrbeschäftigung gebe, könne man ihr auf dem Gebiete der Leistungskürzung in der Sozialversicherung weitere Kürzungen zumuten. Kürzungen ohne Arbeitsbeschaffung seien nicht durchsetzbar."[21]

Brüning sah also in der Arbeitsbeschaffung nicht primär ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, das durch die Mehrbeschäftigung auch eine Entlastung auf dem Unterstützungssektor bewirken würde, sondern betrachete sie als eine vor allem psychologisch wirkende Maßnahme, die die Kürzungen auf dem Gebiet der Arbeitslosenunterstützung schmackhaft machen sollte. Da die Arbeitsbeschaffung

[17] Prot. der Ressortbesprechung v. 12. Febr. 1932 im B.A. R 43 I, Bd. 2045.
[18] Ebenda.
[19] Prot. d. Min.besprechung B.A. R 43 I, Bd. 1445.
[20] Ebenda, Anlage 2.
[21] Ebenda.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

also nur eine Nebenfunktion hatte, das Schwergewicht aber auf den Einsparungen lag, war sich Brüning der Unpopularität und der möglicherweise negativen innerpolitischen Folgen[22] durchaus bewußt. Deshalb sollten die Sparmaßnahmen und damit auch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erst nach der Reichspräsidentenwahl realisiert werden[23].

Nun war zwar die grundsätzliche Entscheidung gefallen, ein – wenn auch begrenztes – Arbeitsbeschaffungsprogramm auszuarbeiten; auf die Frage der Finanzierung war jedoch nicht näher eingegangen worden, abgesehen von der optimistischen Erklärung Dietrichs, daß er glaube, „mit der Reichsbank über die Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms reden zu können". In dieser, was die Finanzierung angeht, noch völlig offenen Situation schickte Stegerwald am 3. März eine Vorlage an die Reichskanzlei[24], die man als erste Skizzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms ansprechen konnte. Bei „vorsichtiger Schätzung" hielt er die Realisierung von Arbeitsprojekten bei Reichsbahn, Post, Straßenbau, landwirtschaftlichen Meliorationen, Wasserbaumaßnahmen und Wohnungsbau im Gesamtumfang von 1,2–1,4 Milliarden Reichsmark für möglich und war der Ansicht, daß diese Arbeiten sofort in Angriff genommen werden könnten. Für die Finanzierung hatte er allerdings keinen konkreten Vorschlag. Abgesehen von dem Hinweis, daß man bei der Durchführung dieser Arbeitsmaßnahmen durch eine den Tariflohn unterschreitende Entlohnung – ähnlich wie bei Notstandsarbeiten – Ersparnisse erzielen könnte, deutete er in vorsichtiger Umschreibung die Notwendigkeit der Finanzierung durch die Reichsbank an in der Überzeugung, „daß man in der Frage der Finanzierung unter Umständen selbst vor Maßnahmen nicht zurückschrecken darf, die unter anderen Verhältnissen bedenklich erscheinen würden"[25].

Bei Dietrich fand Stegerwald durchaus Verständnis für diese Einstellung. Auf einer Chefbesprechung am 4. März[26] äußerte Dietrich, daß man für die Arbeitsbeschaffung zwei Milliarden Kredit brauche und kündigte ein Programm in dieser Größenordnung an, das er nach der Reichspräsidentenwahl – sofern er dann noch im Amt wäre – vorlegen werde. Demgegenüber bezog Luther eine grundsätzlich andere Position; er betonte, daß die Reichsbank zwar Einzelprogrammen bzw. konkreten Maßnahmen auf einzelnen Gebieten ihre Unterstützung nicht versagen werde, hinsichtlich der Kernfrage der Kreditausweisung verhielt er sich strikt ablehnend. Damit waren die Fronten abgesteckt. Einerseits herrschte weitgehende Einigkeit darüber, daß man in irgendeiner Form Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

[22] Das bezieht sich vor allem auf die heftige Reaktion gegen die ähnlich gelagerte Notverordnung vom 5. Juni 1931, als es der Regierung nur durch ihre massive Rücktrittsdrohung gelang, die Einberufung des Reichstags und damit die Außerkraftsetzung der Verordnung zu verhindern. Einen plastischen Eindruck der Schwierigkeiten vermittelt das Tagebuch Pünders: H. Pünder, Politik in der Reichskanzlei, Stuttgart 1961, S. 99ff.

[23] Das bedeutete jedoch durch den notwendig gewordenen zweiten Wahlgang am 10. April und die preuß. Landtagswahlen am 24. April eine Verschiebung bis in den Mai hinein.

[24] B.A. R 43 I, Bd. 2045.

[25] Ebenda.

[26] Schäffer-Tagebuch 1932, S. 305.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durchführen müßte, wobei Dietrich die weitestgehenden Vorstellungen entwickelte, andererseits waren durch Luthers Veto gegenüber einer großzügigen Kreditschöpfung der Aktivität enge Grenzen gesetzt[27]. Die Auswirkungen zeigten sich umgehend in der Stellungnahme der Reichskanzlei auf die Vorlage von Stegerwald vom 4. März[28]. Sie war denkbar negativ, besonders deshalb, weil der Inhalt der Vorlage in der Öffentlichkeit bekannt geworden war[29]. Man sah darin eine gezielte Indiskretion Stegerwalds, dem man dabei unterstellte, daß er sich durch seine Aktivität in Fragen der Arbeitsbeschaffung ein Alibi gegenüber dem nahe bevorstehenden außerordentlichen Kongreß des ADGB verschaffen wollte, der ausschließlich der Frage der Arbeitsbeschaffung gewidmet war. Darüber hinaus erhob man schwere sachliche Bedenken gegen die von Stegerwald ins Auge gefaßte Kreditausweitung, die der bisherigen Einstellung des Kabinetts und der Reichsbank klar widersprächen, da sie eine schwere Gefährdung der Währung, im Grunde die Inflation, bedeuten würde.

Diese abwehrende Einstellung, die keinen Zweifel an der Unmöglichkeit der Gewährung von Reichsmitteln in Form von verlorenen Zuschüssen ließ, war durchaus berechtigt angesichts der Schwierigkeiten, die die Aufstellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1932 bereitete. Wenn es auch der Äquilibristik der Finanzbürokratie formal gesehen gelang, die Deckung herzustellen, konnte jedoch von einem ausgeglichenen Etat nicht die Rede sein, da den zu erwartenden Steuerausfällen keine echten Reserven gegenüberstanden[30]. Darüber hinaus hatte die durch die Wahlen verzögerte „Reform der Arbeitslosenhilfe", d. h. der notwendig gewordene Leistungsabbau, zur Erhöhung des Defizits geführt und trotz aller Bereitschaft zu radikaler Kürzung den Einsatz weiterer Mittel des Reichs notwendig werden lassen[31]. Unter diesen Voraussetzungen konnten der im Februar

[27] Bei Stegerwald machte sich angesichts dieser Sachlage ein gewisser Sarkasmus bemerkbar: „Ich sehe ja wie die Dinge stehen. Aus dem Haushalt darf nichts für Arbeitsbeschaffung gegeben werden, weil er schon ohnedies nicht gedeckt ist. Die Arbeitslosenfürsorge soll herabgesetzt werden. Eine Aufbringung von Mitteln für die Arbeitsbeschaffung durch Krediterweiterung darf nicht erwähnt werden, weil man sonst Inflation betreibt." – Ebenda.

[28] Vermerk v. 7. März 1932, B.A. R 43 I, Bd. 2045.

[29] Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 112 v. 7. März 1932. Der betreffende Journalist ließ sich nicht einschüchtern und erklärte, „dementieren nütze nichts, er sei genauestens im Bilde".

[30] Eine scheinbare Reserve bildete der Schuldentilgungsfonds in Höhe von 320 Mill. RM; jedoch wurden davon für die „offenbaren Lücken und Scheindeckungen" im Haushaltsplan bereits 274 Mill. beansprucht, so daß für die Einlösung kurzfristiger Schatzwechsel und Schatzanweisungen und die Reserve gegenüber den sicher zu erwartenden Steuerausfällen nur ein Betrag von nicht einmal 50 Millionen übrig blieb. – Ausarbeitung des Finanzministeriums zur Etatsituation vom 19. April 1932, B.A. R 43 I, Bd. 529 (Handakten Brünings).

[31] Anlage zum Prot. d. Min.besprechung v. 21. Mai 1932, B.A. R 43 I, Bd. 1456; die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung – die günstigste Unterstützungsart – sollte durchschnittlich um 23 %, die Wohlfahrtsunterstützung um 15 % und die Krisenunterstützung auf das Niveau der Wohlfahrtssätze gesenkt werden. Was das konkret bedeutete, mag ein Beispiel zeigen: Ein verheirateter Arbeitsloser mit zwei Kindern erhielt in einer mittleren Lohnklasse eine wöchentliche versicherungsmäßige Unterstützung von 13,80 RM. (R.G. Bl. 1932, S. 305).

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1932 geäußerten Vorstellung Brünings, „ausreichende Geldmittel für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm freizumachen", kaum Erfolgsaussichten eingeräumt werden.

Dennoch wurden die Beratungen fortgesetzt. Nach einer vorbereitenden Chefbesprechung am 8. 4.[32] fand am 12. 4. 32 eine längere Aussprache im Kabinett statt[33]. Die in Frage kommenden Ressorts hatten Vorschläge über Arbeitsvorhaben ausgearbeitet; das Arbeitsministerium über Hausreparaturen, landwirtschaftliche Siedlung und vorstädtische Randsiedlung, das Verkehrsministerium über den Ausbau des Straßennetzes, das Ernährungsministerium über landwirtschaftliche Meliorationen und das Wirtschaftministerium über die Ausweitung des „Russengeschäfts"[34]. Mit leichter Verspätung meldete auch die Reichswehr ihr Interesse an der Arbeitsbeschaffung an. In einem Brief vom 13. April[35] an Brüning wies Groener auf die großen Möglichkeiten hin, die sich vor allem aus den Plänen zur Umrüstung der Reichswehr sowohl hinsichtlich einer allgemeinen Ankurbelung der Industrie durch die Beschaffung von Waffen, Munition und Gerät für Erd- und Luftrüstung als auch einer erheblichen Beschäftigung von Arbeitslosen bei Landesbefestigungsarbeiten ergeben würden. Er hielt dafür „neben den laufenden Haushaltsmitteln 1 Milliarde RM in einem 5maligen Einsatz von je 200 Millionen pro Jahr für notwendig".

Dietrich, dem die Aufgabe, Finanzierungsmöglichkeiten für die verschiedenen Projekte aufzuzeigen, zukam, zeigte hierbei einen überraschenden Optimismus. Aus der Überzeugung heraus, daß der „Haushalt mit finanziellen Mitteln nicht mehr zu halten" sei, daß „die Hilfsmittel des Finanzministers erschöpft" seien[36] und daß nur durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation die Finanzlage positiv geändert werden könnte, ergriff er die Flucht nach vorn, lehnte „kleine Sachen" ab und legte ein zusammenfassendes Programm vor, das Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Höhe von 1,4 Milliarden vorsah[37]. Die Finanzierung sollte vor allem – und darin lag das eigentlich Neue dieses Vorschlages – durch eine eigens für diesen Zweck aufzulegende Prämienanleihe gedeckt werden, ferner sollten wiederum besondere Ersparnisse in der Entlohnung, die in Richtung der „Produktivmachung" der Arbeitslosenunterstützung gingen, hinzukommen, den Rest sollte die Reichsbank zusteuern. Beschlüsse wurden in der Kabinettssitzung nicht gefaßt, man nahm die Vorlagen zur Kenntnis und war sich darüber einig, daß vor der endgültigen Verabschiedung noch weitere Beratungen erforderlich seien.

Der Vorschlag der Prämienanleihe war das eigentliche Neue, er schien einen

[32] Vermerk darüber in B.A. R 43 I, Bd. 2085; ferner Schäffer-Tagebuch, Eintragung v. 8. April 1936.

[33] Prot. d. Min.bespr. a. a. O. sowie Schäffer-Tagebuch, das weit ausführlicher ist; die Vorlagen der Ressorts sind als Anlagen dem Kab.prot. beigefügt.

[34] B.A. R 43 I, Bd. 2376. Diese Vorlage v. 11. April bietet einen sehr informativen Überblick über die bis dahin abgewickelten Geschäfte im Rahmen der Ausfallbürgschaft des Reichs.

[35] Eine Abschrift des Briefes war an Dietrich gesandt worden; B.A. R 2, Bd. 18647.

[36] Schäffer-Tagebuch, S. 449 (12. 4. 1932). Zu Schäffer sagte Dietrich vor der Kab.sitzung, „er sähe sich den Haushalt überhaupt nicht an". (Ebenda.)

[37] Vorlage v. 11. April, Anlage zum Prot. v. 12. April.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausweg aus dem Dilemma der nicht vorhandenen Etatmittel einerseits und der Kreditverweigerung der Reichsbank andererseits zu eröffnen und wurde mit großem Eifer weiter verfolgt, da hier die einzige Hoffnung auf die Verwirklichung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms lag. Statt „unseriöser" und „inflationistischer" Kreditschöpfung sollte auf diese Weise das „Hamstergeld", das z. T. aus Mißtrauen gegen die Banken abgehobene Sparkapital, hervorgelockt werden[38]. Besonders Stegerwald knüpfte seine Erwartungen an die Möglichkeit der Prämienanleihe und entwickelte detaillierte Pläne über die Verwendung der auf diese Weise zu erschließenden Mittel. Sie sollten vor allem der Siedlung und dem Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes zugutekommen[39].

Die gesetzliche Grundlage für die Prämienanleihe war schnell gefunden, indem man in das geplante Schuldentilgungsgesetz[40], dessen Verabschiedung der Anlaß für die Mai-Tagung des Reichstages mit ihren höchst negativen Folgen für die Regierung durch das unglückliche Auftreten Groeners war, eine entsprechende Ermächtigung aufnahm. Bei der konkreten Durchführung jedoch zeigten sich unüberwindliche Schwierigkeiten. Um die Anleihe attraktiv zu gestalten, wäre es notwendig gewesen, sie mit einem günstigen Ausgabekurs, einer hohen Verzinsung und einem entsprechenden Prämienanreiz auszustatten. Angesichts der dadurch entstehenden Kosten war die Erfüllung dieser Voraussetzungen jedoch nicht möglich, wodurch dieses Projekt von vornherein als gescheitert angesehen werden mußte. Denn der Plan des Finanzministeriums, die Anleihe zu einem Ausgabekurs von 100 bei einer Verzinsung von bestenfalls $6^1/_2$% aufzulegen, hatte nicht die geringsten Erfolgsaussichten, da z. B. die 7%ige Hilferding-Anleihe bereits zu einem Kurs von 60–65 gehandelt wurde[41]. Daher wurden zwar immer neue Entwürfe produziert, die aber das eigentliche Problem nicht lösen konnten, so daß der Plan der Prämienanleihe im Juni 1932 endgültig in der Versenkung verschwand[42].

Nachdem auch das Projekt der Prämienanleihe sich als undurchführbar erwiesen

---

[38] Prot. d. Min.bespr. v. 3. Mai 1932, B.A. R 43 I, Bd. 1456.

[39] Vorlage Stegerwalds v. 2. Mai, R 43 I, Bd. 2045, in der er mit einem Ertrag von 500 Mill. RM rechnete.

[40] R.G.Bl. 1932, S. 191 f. Der Erlaß des Schuldentilgungsgesetzes war notwendig geworden, da die Reichsschuldenverwaltung sich weigerte, Kreditermächtigungen anzuerkennen, die nur in Form von Notverordnungen ausgesprochen wurden und stattdessen gemäß Art. 87 WV ein entsprechendes Gesetz forderte. Die Ursache für den Widerstand der Reichsschuldenverwaltung im Frühjahr 1932 war ein Angriff des NS-Abgeordneten Reinhardt gewesen, der sich zum Hüter der Verfassung aufschwang und der Schuldenverwaltung vorwarf, sie verstoße bei Anerkennung der Kreditermächtigungen per Notverordnung gegen ihren besonderen Diensteid. Vgl. B.A. R 2, Bd. 3277 und Sten. Ber. d. RT, Bd. 446, S. 2468 ff. u. 2491 ff. Die Kreditermächtigungen bezogen sich in der Hauptsache auf die Abdeckung der Haushaltsdefizite von 1930 und 1931.

[41] B.A. R 2, Bd. 3386.

[42] Das hatte jedoch keine, mit dem Sturz Brünings etwa zusammenhängende politische Ursachen, sondern man legte das Projekt ad acta, nachdem man insgesamt fünf Entwürfe fabriziert hatte, wobei schon in der Begründung des ersten Referentenentwurfes die Skepsis der Finanzbürokratie deutlich wurde, auf diesem Wege zum Erfolg zu gelangen.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte, waren die kontinuierlichen Bemühungen der Regierung Brüning endgültig festgefahren. Wenn nun dennoch Ende Mai die Öffentlichkeit über eine bevorstehende Arbeitsbeschaffung informiert wurde, so ging dies auf ein Ergebnis zurück, das unabhängig von den Ressorts und Kabinettsberatungen zustandegekommen war. Die Reichsbank hatte ihre Einstellung beibehalten, bei entschiedener Frontstellung gegen ein Gesamtprogramm Einzelprojekten die Finanzierungshilfe nicht zu versagen. Seit Ende März hatten Besprechungen zwischen der Reichsbank und dem Finanzministerium, wahrscheinlich in der Hauptsache zwischen Ministerialdirektor Graf Schwerin von Krosigk und dem Reichsbankvizepräsidenten Dreyse, stattgefunden[43], deren Ergebnis die Finanzierung eines bescheidenen Programms in Höhe von 135 Millionen war. Das Programm, das 60 Millionen für Straßen-, 50 Millionen für Wasserbaumaßnahmen und 25 Millionen für Meliorationen vorsah, wurde am 19. und 20. Mai abschließend im Kabinett beraten.

Wenn auch der Umfang alles andere als befriedigend war, so eröffnete er doch durch die Form der Finanzierung eine aussichtsreiche Perspektive. Denn hier wurde eine Konstruktion gefunden, die später als „Öffa-Wechsel" der Prototyp des Arbeitsbeschaffungswechsels geworden ist[44]. Abgesehen von der ohnehin problematischen Angewohnheit, die Tätigkeit von Regierungsbehörden mit dem jeweiligen Regierungschef zu identifizieren, was am Beispiel Brüning besonders deutlich zu zeigen wäre, dürfte es im Fall der Öffa-Wechsel, besonders unzutreffend sein, sie der Regierung Brüning bzw. ihrem Chef als Verdienst anzurechnen. Denn es war keine Entscheidung, die von der politischen Führung ausging, sondern es war das Werk von Experten, die zudem dem Kurs Brüning in der Schlußphase sehr reserviert gegenüberstanden[45] und ohne Weisung von oben sich für diese Form der Finanzierung entschieden. Das Kabinett nahm lediglich das Ergebnis zustimmend zur Kenntnis, ohne aber die in dieser Konstruktion liegenden Möglichkeiten künftiger Kreditausweitung zu erfassen[46].

---

[43] Schäffer-Tagebuch, S. 395ff. (22. März 1932).

[44] B.A. R 2, Bd. 18646; zur Bedeutung des Öffa-Wechsels vgl. Grotkopp, a. a. O., S. 154ff. Allerdings sollten, wie die Ressortbesprechungen Ende Mai 1932 zeigen, die auf diese Weise erschlossenen Mittel auch „zusätzliche" Arbeiten finanzieren, die vom freiwilligen Arbeitsdienst durchgeführt werden sollten; vgl. dazu H. Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland, Berlin 1967, S. 109f.

[45] Dreyses Kritik richtete sich vor allem gegen die außenpolitische Taktik Brünings, Schäffer-Tagebuch, S. 414 (29. März 1932); Krosigk am 19. April zu Schäffer: „Mit dem Vertrauen des Kanzlers weiß man nie Bescheid. Heute spricht er sich mit einem voll aus, und morgen weiß man nicht, ob er nicht durch die Äußerungen eines anderen sehr beeindruckt ist. Ganz klar sieht man nie." Schäffer-Tagebuch, S. 491.

[46] Prot. d. Min.bespr. v. 19. Mai und 20. Mai 1932, B.A. R 43 I, Bd. 1456. Bei der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes war Brüning vor allem an der Frage interessiert, ob auch die Länder mit dem Programm einverstanden seien und plädierte sogar für eine Hinausschiebung der Beschlußfassung zwecks Herbeiführung ihres „ausdrücklichen" Einverständnisses. Ferner unterrichtete er das Kabinett von den Wünschen des Handwerks, Aufträge von der Reichsbahn zu erhalten. – Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß bei diesen Beratungen im Kabinett die Reichsbank von Dreyse und Direktor Hasse und nicht von Luther ver-

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jedenfalls war es auf diese Weise möglich geworden, in den Entwurf der sogenannten 5. Notverordnung Brünings, die dann Hindenburg nicht mehr unterschrieb, nach dreimonatigen Verhandlungen doch noch etwas über Arbeitsbeschaffung, wenn auch in dem geringen Umfang von 135 Millionen, hineinzubringen. Selbst von der ursprünglichen Konzeption, die Arbeitsbeschaffung lediglich als Ausgleich für den Leistungsabbau in der Sozialpolitik einzusetzen, war wenig übriggeblieben. Die geplanten Kürzungen waren noch verschärft, das Arbeitsbeschaffungsprogramm aber so bescheiden ausgefallen, daß man es praktisch übersehen hat. Denn beides, die Sparmaßnahmen und das Arbeitsbeschaffungsprogramm, d. h. die nicht in Kraft getretene 5. Notverordnung Brünings, ist von Papen am 14. Juni 1932 veröffentlicht worden. Wenn Staatssekretär Pünder als Kommentar zu der Papenschen Verordnung bemerkt, sie sei „sauber abgeschrieben"[47], so bezieht sich das auch auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Die von Papen in der Notverordnung unter „Sonstiges" verkündeten Artikel[48] waren nichts anderes als die „detaillierten Pläne"[49], „das große Arbeitsbeschaffungsprogramm", das angeblich nach dem Ende der Reparationen in Kraft gesetzt werden sollte.

Wenn sich trotz des bescheidenen Programms dennoch so hartnäckig die Meinung gehalten hat, daß die Regierung Brüning ein umfassendes Arbeitsprogramm fertig ausgearbeitet gehabt habe, so liegt dies nicht zuletzt an der Erklärung des zurückgetretenen Kabinetts vom 6. Juni, in der von einer finanziell bereits gesicherten Mehrbeschäftigung von 600000 Mann die Rede war[50]. Diese Zahlenangabe muß als klare Irreführung angesehen werden. Sie taucht zwar einmal in den Akten auf, wurde jedoch sogleich als nicht realisierbare Wunschvorstellung zurückgewiesen. Denn nur Stegerwald hatte in seiner Vorlage vom 4. März, die von der Reichskanzlei so heftig kritisiert[51] und von ihm selbst später nur als „Auswahlmöglichkeit für den engeren Gebrauch"[52] bezeichnet worden war, von 600000 Mann gesprochen.

Die Diskussionen in der Regierung um die Arbeitsbeschaffung hatten jedoch, wie gezeigt wurde, einen anderen Ausgangspunkt und sehr viel bescheidenere Ziele und Erwartungen im Auge. Wenn Pünder dennoch von „wirtschaftsantreibenden Dingen" am 30. Mai sprach, die neben den „unpopulären" in der Notverordnung

---

treten wurde, der sich am 8. April noch klar gegen die Finanzierung des Straßenbaus ausgesprochen hatte, da dies „doch völlig eingefrorene Kredite" seien (Schäffer-Tagebuch, S. 440, v. 8. April 1932).

[47] H. Pünder, Politik in der Reichskanzlei, Stuttgart 1961, S. 137.

[48] R.Ges.Bl. 1932, S. 283f. Daß es sich hierbei nur noch um die redaktionelle Überarbeitung des „Programms" handelte, zeigt der Vergleich mit dem Brüningschen Entwurf, der „Zusammenstellung der in vorläufige Aussicht genommenen Beschlüsse des Reichskabinetts ... zum Entwurf einer Fünften Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom ... Mai 1932". B.A. R 43 I, Bd. 2376.

[49] Helbich, a. a. O., S. 54.

[50] C. Horkenbach, Das Dt. Reich von 1918 bis Heute, Jg. 1932, S. 174.

[51] S. oben S. 282.

[52] Schäffer-Tagebuch, S. 395 (22. März 1932).

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

enthalten sein und in ihrer Kombination eine „Gesamtlösung" darstellen sollten[53], so muß er noch an etwas anderes als an das kümmerliche 135 Millionen-Programm gedacht haben. In der wenige Tage später veröffentlichten Erklärung der zurückgetretenen Regierung wird, abgesehen von der falschen Zahlenangabe und der angeblich bereits erfolgten finanziellen und technischen Regelung, der Gesamtkomplex der geplanten Mehrbeschäftigung recht vorsichtig angesprochen: „Gleichzeitig waren die finanziellen und technischen Maßnahmen getroffen, um bis zu 600000 Menschen in Notstandsarbeit und freiwilligem Arbeitsdienst Brot und Arbeit zu verschaffen und in einem umfassenden Siedlungsplan weiten Volkskreisen Hoffnung auf Lebensrückhalt auf eigener Scholle zu eröffnen."[54]

Man dachte also weniger an eine Arbeitsbeschaffung im eigentlichen Sinn des Wortes, sondern an eine Beschäftigung von Arbeitslosen, wie es die Parallelsetzung des freiwilligen Arbeitsdienstes mit Notstandsarbeiten zeigt; denn der freiwillige Arbeitsdienst, der als soziale Hilfsmaßnahme konzipiert, Jugendlichen gegen Verpflegung und ein geringes Taschengeld eine Beschäftigung verschaffen sollte, konnte niemals mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Verbindung gebracht werden. Die Tatsache aber, daß als einziger Tätigkeitsbereich die Siedlung genannt wird, für die ein umfassender Plan ausgearbeitet worden sein soll, weist darauf hin, daß diese als der eigentliche Ausgleich für die „unpopulären" Dinge angesehen wurde.

Damit wird ein Kapitel des Entwurfs der Brüningschen Notverordnung angesprochen, das nicht von Papen übernommen worden ist; gemeint ist die geplante Verordnung über die „Verwendung nicht entschuldungsfähiger Grundstücke im Osthilfegebiet und Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung", die berühmt-berüchtigte Verordnung über die Zwangsversteigerung nicht entschuldungsfähiger Güter im Osthilfebereich[55].

Die Entstehungsgeschichte dieser Verordnung weist deutliche Parallelen zu der des Arbeitsbeschaffungsprogramms auf. Auch hier liegt der Beginn der Diskussion im Februar 1932. Den negativen Bezugspunkt stellte die Verordnung vom 6. Februar „zur beschleunigten Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung

---

[53] H. Pünder, a. a. O., S. 131. In diese Richtung geht auch der Vorschlag des Ministerialdirektors in der Reichskanzlei von Hagenow, der Ende Mai vorschlug, die Notverordnung nicht wie geplant (als 5.) in die Reihe der Verordnungen zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen aufzunehmen, sondern einen neuen Anfang zu machen und ihr einen anderen Titel, nämlich „zur Belebung des Arbeitsmarkts und Sicherung der öffentlichen Haushalte", zu geben. B.A. R 43 I, Bd. 2376.

[54] Horkenbach, S. 174.

[55] Nachdem Th. Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, Stuttgart 1962, S. 193ff. zum erstenmal den Nebel der Spekulationen um den „Referentenentwurf" zerteilt und auf die Beratung der Vorlage im Kabinett hingewiesen hatte, hat nun die Entstehungsgeschichte dieser Verordnung Heinrich Muth, Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, Festschrift f. Heinrich Brüning, Berlin 1967, S. 317–360, ausführlich behandelt und endlich geklärt, so daß hier nur auf die wesentlichen Punkte eingegangen wird.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Osthilfegebiet" dar[56], die eine erneute Subventionierung für die verschuldeten Güter im Osten bedeutete. Der sich im Kabinett regende Widerstand gegen diese erneute großzügige Bereitstellung von Mitteln, der sich vor allem bei Stegerwald und dem Finanzminister Dietrich zeigte[57], wurde von Brüning durch die salomonische Lösung abgefangen, daß als Ausgleich die immer zurückgestellte Siedlung nun ebenfalls in Angriff genommen werden müßte. Stegerwald legte am 2. März einen Plan vor, der für das Etatjahr 1932 die Ansetzung von 20000 Siedlern bei einem Kostenaufwand von 158 Millionen vorsah[58]. Die angespannte Finanzlage machte allerdings, nachdem man sich in der Osthilfe so stark engagiert hatte, eine direkte Verwirklichung unmöglich; im Etat von 1932 wurden sogar im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren sämtliche Mittel für die Siedlung gestrichen. An Stelle dafür sollte die Siedlung aus dem Erlös der Prämienanleihe finanziert werden, ebenso wie der FAD, dessen Förderung stets mit dem Hinweis auf seinen Einsatz in der Siedlung begründet wurde.

Als Stegerwald am 2. März sein Siedlungsprogramm vorlegte, war die entscheidende Voraussetzung, das Vorhandensein von siedlungsfähigem Land, als Folge der vorangegangenen Osthilfemaßnahmen nicht erfüllt. Man erwartete aber im Laufe des Frühjahrs ein wachsendes Angebot von Gütern, die aus dem Sicherungsverfahren als nicht mehr entschuldungsfähig ausscheiden würden. Um diese Ländereien beschleunigt der Siedlung zuzuführen und sie außerdem so billig wie möglich zu erwerben, entstand der Plan, derartige Güter in einem verkürzten Verfahren, das auch die Möglichkeit der Zwangsversteigerung vorsah, den Siedlungsbehörden zur Verfügung zu stellen. Die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Stegerwald und dem Reichskommissar für die Osthilfe Schlange-Schöningen um die Federführung bei dem einzurichtenden Zwangsversteigerungsverfahren und den sich daraus ergebenden organisatorischen Maßnahmen hat Heinrich Muth ausführlich dargestellt. Dabei vermerkt er – völlig zu Recht – mit Erstaunen, daß das eigentliche zentrale Problem, nämlich die von staatlicher Seite aus vorzunehmende Zwangsversteigerung, im Kabinett auf keinerlei Bedenken stieß, ohne aber eine befriedigende Erklärung für diese Tatsache anzubieten[59]. Angesichts der politischen Brisanz eines derartigen Vorgehens, das notwendigerweise die traditionelle Stellung des ostdeutschen Großgrundbesitzes grundlegend erschüttern mußte, kann man die „Einmütigkeit" des Kabinetts in diesem Punkt nicht nur mit politischer Blindheit oder der Sorge um die Verödung der nicht mehr lebensfähigen Güter erklären. Die Frage nach der Ursache für das weitgehende Engagement der Regierung Brüning in bezug auf die Siedlung kann jedoch nur zureichend beantwortet werden, wenn man die generelle Beurteilung der Wirtschaftskrise und den Stellenwert, den die Siedlung in diesem Zusammenhang erhielt, in die Fragestellung mit einbezieht.

[56] R.Ges.Bl. 1932, S. 59f.

[57] Noch stärker zeigte sich ihr Widerstand am 18. Febr. gegenüber einem erweiterten Vollstreckungsschutz für die ostpreußischen Güter; vgl. Köhler, a. a. O., S. 108.

[58] B.A. R 43 I, Bd. 1289.

[59] H. Muth, a. a. O., S. 333.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In weiten Bereichen der Öffentlichkeit fand sich die Vorstellung, daß es sich bei der herrschenden Krise nicht um eine „normale" Krise, sondern um den Ausdruck einer spezifischen Strukturveränderung der Situation der Gesamtwirtschaft handelte, die eine Umorientierung der Wirtschaft in Richtung auf eine Reagrarisierung erforderlich mache[60]. Grundlegend war dabei die pessimistische Einschätzung, daß eine Wiederholung der ohnehin „geborgten Konjunktur" der zwanziger Jahre nicht mehr möglich und daß das in dieser Zeit erreichte Ausmaß der Industrialisierung übersteigert gewesen wäre. Die krisenhafte Schrumpfung der Industrieproduktion wurde daher nicht als vorübergehende, sondern als langfristige Erscheinung angesehen, so daß sich für die aus dem Wirtschaftsprozeß ausgeschiedenen Arbeitskräfte die Unterbringung auf dem Lande als einziger Ausweg anbot.

Dieser Beurteilung der Krisensituation lagen oft zwei einander ergänzende Motivationen zugrunde. Einerseits war die Überzeugung maßgebend, daß das System der Weltwirtschaft zusammengebrochen und als Folge davon mit einer allgemeinen Autarkisierung zu rechnen sei, die zu der Notwendigkeit führen würde, die bisher für den Export tätigen Arbeitskräfte anderweitig – und das konnte nur der agrarische Sektor sein – unterzubringen. Zum anderen ergab sich diese spezifische Strukturdiagnose aus einer latenten Industriefeindlichkeit, einer modifizierten Maschinenstürmerei, die das Faktum der Krise vor allem als Bestätigung und Rechtfertigung für das schon immer vorhandene Unbehagen an der wachsenden Industrialisierung ansah, wobei besonders die Tatsache der Konzernbildungen[61] antikapitalistische Ressentiments freisetzte.

Demgegenüber war man in hemmungsloser Agrarromantik von dem besonderen

---

[60] Dieser ganze Vorstellungsbereich kommt vor allem bei der Begründung der Notwendigkeit des Arbeitsdienstes klar zum Ausdruck; vgl. H. Köhler, a. a. O., S. 51ff., 70, 88, 153, 149f., 158, 195ff. Rudolf Vierhaus hat in seinem sehr anregenden Aufsatz: Auswirkungen der Krise um 1930 in Deutschland, Beiträge zu einer historisch-psychologischen Analyse, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches, hrsg. v. W. Conze und H. Raupach, S. 179f., auf diesen Sachverhalt hingewiesen, jedoch die Perspektive dadurch etwas verkürzt, daß er diese Anschauungen in zu engen Zusammenhang mit der NS-Propaganda bringt, indem er feststellt, „die Propaganda der Nationalsozialisten hat diesen vor allem in Bildungs- und kirchlichen Kreisen, in bürgerlichen Unter- und Mittelschichten anzutreffenden Komplex von Stimmungen und Wünschen geschickt angesprochen und den Eindruck zu erwecken vermocht, daß er bei ihnen sich erfolgreich werde entfalten können". Abgesehen davon, daß derartige Vorstellungen nicht auf die bürgerlichen Unter- und Mittelschichten beschränkt waren, sondern auch in der Führung des Reiches vorhanden waren, wird hier die NS-Propaganda zu hoch eingeschätzt, indem ihr die Manipulation und planmäßige Ausnutzung dieser Anschauungen unterstellt wird. Vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß die NS-Propaganda auf diesem Gebiet – ungeachtet der späteren nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik – vor allem der Überzeugung breiter Parteikreise wie ihrer Anhänger entsprach. Bei David Schoenbaum, Die braune Revolution, Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln 1968, S. 79f., ist die spezifisch krisenbedingte Problematik der Reagrarisierung nicht erfaßt.

[61] Die Abneigung gegen Konzerne, die sich übrigens auch bei Brüning, Stegerwald und Dietrich findet, brachte die DAZ (Nr. 189 v. 23. 4. 1932) auf die ironische Formel: „Aber seit sich der Kriminalfall Kreuger aufgetan hat, kann man sowohl vom Bankier wie von der Waschfrau erfahren, daß es mit den großen Konzernen aus ist, daß sie alle nichts taugen."

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wert der landwirtschaftlichen Existenz, der Nähe zur „Scholle", als einer höheren Lebensform zutiefst überzeugt. In diesem Zusammenhang wurden der sich vor allem auf Ostdeutschland erstreckenden Siedlung besondere „nationalpolitische" Aufgaben im Sinne einer Verstärkung des „deutschen Blutes", der Auffüllung der „menschenleeren Räume im Osten" zugewiesen. Durch die Siedlung sollten jedoch nicht alle „strukturell" Arbeitslosen auf dem Land untergebracht werden – etwa in der Weise, daß man die arbeitslosen Industriearbeiter im Handumdrehen zu Bauern „umschulen" wollte. Das war schon deswegen nicht nötig, da genügend Siedlungswillige mit landwirtschaftlichen Erfahrungen zur Verfügung standen. Vielmehr sollte die Ingangsetzung der Siedlung der Ausgangspunkt, gleichsam die Initialzündung, einer „organischen" Arbeitsbeschaffung sein, da infolge der Siedlung durch Ausbau des Verkehrsnetzes, Anregung der Bautätigkeit und Steigerung der Meliorationen vielfältige neue Arbeitsmöglichkeiten erschlossen würden.

In der Regierung Brüning[62] sind derartige Vorstellungen am stärksten bei Stegerwald vertreten. In einer programmatischen Rundfunkansprache am 30. November 1931 erklärte er: „Kurz vor der Jahrhundertwende beginnend und mit der Nachkriegsscheinblüte des Jahres 1929 endend, hat sich in Deutschland die Industrialisierung und Verstädterung in einem Ausmaß vollzogen, die als normal und gesund nicht mehr angesprochen werden konnte. Diese Entwicklung scheint nunmehr ihren Höhepunkt überschritten zu haben. Eine rückläufige Entwicklung ist offensichtlich erkennbar. Für Deutschland, das in der Mitte Europas liegt, und das ein übervölkertes Land ist, ist seine Bevölkerungsstruktur noch mehr als für andere Länder von fundamentaler Bedeutung. Die überorganisierten Mammutbetriebe und Konzerne nach amerikanischer Art werden sich in der nächsten Zeit in Deutschland kaum ausreichend behaupten und entfalten können; auch wird jede Politik, die eine organische Entvölkerung der Großstädte und die eine dezentralisierte Siedlungs- und Wohnweise des deutschen Volkes begünstigt, initiativ zu entfalten und zu gestalten sein."[63] Für Stegerwald war Arbeitsbeschaffung nur in enger Verbindung mit der Siedlung denkbar. Bezeichnenderweise war seiner Vorlage zur Arbeitsbeschaffung vom 3. März 1932, von der er sich ohnehin später distanziert hatte, einen Tag zuvor eine Vorlage zur Siedlung, verbunden mit einer Vorlage für den damit in Zusammenhang stehenden freiwilligen Arbeitsdienst[64], für die er sich mit weit größerem Nachdruck einsetzte, vorausgegangen. Das soll nun nicht heißen, daß er – vorausgesetzt die Mittel wären vorhanden gewesen – sich gegen eine Mehrbeschäftigung von Arbeitslosen in der Industrie ausgesprochen hätte. Angesichts der geringen finanziellen Möglichkeiten aber maß er der Siedlung die klare Priorität bei, während er der Arbeitsbeschaffung vor allem die Funktion einer

[62] Wenn nun im folgenden auf verschiedene Regierungsmitglieder Bezug genommen wird, dann bedeutet das selbstverständlich nicht eine Identifikation ihrer Vorstellungen mit den obigen Ausführungen, die notwendigerweise schematisiert, nur eine grobe Skizzierung der in diese Richtung gehenden Tendenzen beabsichtigen können.

[63] WTB Nr. 2527 v. 1. Dez. 1931; in: B.A. R 43 I, Bd. 1287.

[64] B.A. R 43 I, Bd. 2085.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„seelischen Ablenkung"[65] zuerkannte. Daher sollten die im Frühjahr 1932 geplanten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Straßenbau und bei Meliorationen „in organische Verbindung mit der landwirtschaftlichen Siedlung" gebracht werden[66]. Arbeitsbeschaffung als Mittel zur Ankurbelung der Konjunktur war für ihn eine fremde Vorstellung.

Als sich Anfang Mai 1932 die Grenzen der Finanzierungsmöglichkeiten immer deutlicher abzeichneten, trat er für eine verstärkte Heranziehung des freiwilligen Arbeitsdienstes in der Form ein, „daß bei den geplanten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Lohnkosten durch weitgehende Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes für die unmittelbar beschäftigten Arbeitskräfte auf den Betrag von 2,50 RM je Tagewerk gesenkt werden"[67]. Seinen Standpunkt formulierte Stegerwald in der Kabinettsbesprechung am 12. April 1932[68] über Arbeitsbeschaffung noch einmal sehr deutlich: „Das Vertrauen ist wichtiger als Arbeitsbeschaffung aus öffentlichen Mitteln . . . Zwischen Arbeitsbeschaffung, verbunden mit Währungsverfall, oder einem ‚Nichts' zu entscheiden, ist nicht schwer. Man muß dann das ‚Nichts' wählen". Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit trat er für eine Kombination verschiedener Maßnahmen ein und sah als „Kernfragen: Siedlungswesen, Arbeitslosenversicherung, [d. h. ihre Reduzierung, d. Vf.] Arbeitsbeschaffung, Freiwilliger Arbeitsdienst, Frage der Neubauten" an. Schließlich bringt er seine Haltung auf die knappe Formel: „Für mich ist das Wichtigste in der Arbeitsbeschaffung die bäuerliche Siedlung."

Eine ähnliche Einstellung wie bei Stegerwald läßt sich auch bei Dietrich nachweisen. Auch für ihn stand die Siedlung als Möglichkeit der Unterbringung von Arbeitslosen im Vordergrund. Dies zeigt sich vor allem bei der als Nebenform der landwirtschaftlichen Siedlung propagierten Stadtrandsiedlung, die im Herbst 1931 mit beachtlichen finanziellen Mitteln in Gang gesetzt wurde[69]. Die Initiative zu diesem Unternehmen ging von dem Finanzministerium aus. Wie Dietrich an Brüning schrieb, zielte das Unternehmen der Stadtrandsiedlung darauf ab, „einen möglichst großen Teil der jetzt und wahrscheinlich auch künftig Arbeitslosen *dauernd* in Arbeit zu bringen"[70]. Er hielt vorstädtische Kleinsiedlung verbunden mit weiteren Maßnahmen zur bäuerlichen Siedlung für das „typische Arbeitsbeschaffungsprogramm" und meinte, „das große finanzielle Risiko verantworten zu können, da das Schicksal Deutschlands ausschlaggebend davon abhänge, ob man

[65] Schäffer-Tagebuch, S. 306 (4. März 1932).

[66] Vorlage Stegerwalds über Arbeitsbeschaffung v. 2. Mai 1932, S. 6. B.A. R 43 I, Bd. 2045.

[67] Vorlage Stegerwalds v. 4. Mai 1932, B.A. R 43 I, Bd. 2045.

[68] Schäffer-Tagebuch, S. 450 (12. April 1932).

[69] Dritte VO d. Reichspräs. zur Sicherung v. Wirtschaft u. Finanzen v. 6. Okt. 1931, Vierter Teil, Kap. II: Landwirtschaftliche Siedlung, vorstädtische Kleinsiedlung, Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose, R.Ges.Bl. 1931, S. 551–553.

[70] Schreiben Dietrichs an Brüning v. 3. Sept. 1931, B.A. R 43 I, Bd. 1290. In der Begründung des beiliegenden Entwurfs heißt es: „Entwicklung und Stand der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit lassen darauf schließen, daß starke Arbeitslosigkeit für absehbare Zeit in Deutschland eine Dauererscheinung wird."

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

imstande sei, die brachliegende Arbeitskraft wieder in Arbeit zu bringen"[71]. Wenn er sich auch für die Kleingartensiedlung besonders engagierte, bedeutete das jedoch keineswegs ein Desinteresse an der landwirtschaftlichen Siedlung, wie es seine Arbeitsbeschaffungsvorlage vom 11. April 1932 zeigt, die diesen Programmpunkt besonders berücksichtigte[72].

Gegenüber seiner oben erwähnten Forderung im Frühjahr 1932 nach einer Kreditschöpfung im Milliardenmaßstab durch die Reichsbank („Luther müsse finanzieren")[73] scheint hier ein Widerspruch vorzuliegen, wenn man annehmen wollte, daß mit der Forderung einer großzügigen Kreditschöpfung eine Änderung seiner Konzeption im Sinne einer gezielten Konjunkturbelebung erfolgt sei[74]. Die Milliardenforderung muß jedoch vor allem vielmehr als der Ausdruck eines aktivistischen Bemühens gewertet werden[75], angesichts der steigenden wirtschaftlichen Not und der wachsenden politischen Radikalisierung die Initiative zu ergreifen und Möglichkeiten zur Überwindung der unproduktiven Erwerbslosenexistenz in Richtung auf eine vor allem die Selbstversorgung gewährleistende Beschäftigung bereitzustellen. Dietrichs Staatssekretär Schäffer teilte nicht die Sympathien seines Ministers für die Siedlung[76]. Allerdings war auch er angesichts der prekären Finanzlage des Reiches strikt gegen Arbeitsbeschaffungsprogramme, von deren Wirksamkeit er nichts hielt: „Das Mittel der Arbeitsbeschaffung kann niemals dazu dienen, die Krise zu beheben, sondern nur die Menschen vor der Verzweiflung zu schützen und einigermaßen bei Stimmung zu halten."[77]

---

[71] Dietrich im Kabinett am 7. Sept. 1931; Prot.auszug im B.A. R 43 I, 1287. Daran anschließend erklärte Stegerwald, „daß auch er durchgreifende Maßnahmen zur Lösung des Arbeitslosenproblems für notwendig halte. Nach seiner Überzeugung werde Europa seine frühere Vormachtstellung auf handelspolitischem Gebiet nach den Ereignissen des Weltkrieges und seinen Folgeerscheinungen nicht wieder erlangen."

[72] Anlage zum Kab.prot. v. 12. April 1932.

[73] Schäffer-Tagebuch, S. 372 (17. März 1932).

[74] Dietrichs Biographin Adelheid von Saldern erklärt die Widersprüchlichkeit in seiner Haltung mit einem letztlich unentschiedenen Schwanken zwischen „Altem und Neuem", „daß er sich letzten Endes doch nicht von den überkommenen Krisentheorien loslösen . . . konnte" und daher „über gewisse Ansatzpunkte für eine aktive Konjunkturpolitik" nicht hinauskam. A. v. Saldern, Hermann Dietrich, Ein Staatsmann der Weimarer Republik, Boppard 1966, S. 170.

[75] Wie wenig sich dabei Dietrich an den Gegebenheiten orientierte und der konkreten Frage nach der Finanzierungsmöglichkeit seines Arbeitsbeschaffungsprogramms auswich, berichtet Schäffer: „Er [d. h. Dietrich] hat aber dann gesagt, ein Teil müsse die Bahn aufbringen, den anderen würden wir schon selbst erstellen, der dritte ginge auf dem Wege über die Reichsbank zu finanzieren. Krosigk hat immer wieder auf die Schwierigkeiten und Unmöglichkeiten hingewiesen, aber der Minister hat dann gesagt, die Finanzierungsfrage müsse man eben dann zurückstellen." Schäffer-Tagebuch, S. 368 (16. März 1932).

[76] Nach seinem Ausscheiden findet sich jedoch eine recht nachdenkliche Bemerkung über diesen Fragenkomplex: „Die in der Presse aller Parteien entfachte Diskussion zeigt aber, daß die Verbindung von Autarkie und Beschäftigungslosigkeit doch bewußter wird, als sie es in den letzten Jahren gewesen ist." A. a. O., S. 533 (3. Mai 1932).

[77] A. a. O., S. 447 (12. April 1932).

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ähnliche Argumente finden sich bei Wirtschaftsminister Warmbold. In der Kabinettssitzung am 12. April äußerte er die Ansicht, daß für ihn als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in erster Linie die Russenaufträge und die landwirtschaftliche Siedlung in Frage kämen[78]. Warmbold, der bis zu seinem Eintritt in die Regierung Vorstandsmitglied der IG-Farben war, vertrat im Kabinett vor allem den Standpunkt der Großindustrie. Bei deutlicher Ablehnung staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben kämpfte er gegen Belastungen der Industrie, besonders z. B. die Erhöhung der Umsatzsteuer, und setzte sich stets für Industriesubventionen ein. In diesem Zusammenhang steht auch die Befürwortung des „Russengeschäfts", das ohnehin hauptsächlich von der Großindustrie betrieben wurde. Demgegenüber sollte die Siedlung der Unterbringung bzw. Versorgung von überschüssigen Arbeitskräften dienen. Von staatlicher Arbeitsbeschaffung hielt er nichts. Auf eine Rede Dietrichs vom 6. April 1932, in der dieser von der Bereitschaft der Reichsregierung sprach, „den vorsichtigen Versuch einer Wirtschaftsbelebung zu machen", reagierte er empört. Er zeigte sich „aufs äußerste betroffen, zumal Herr Reichsarbeitsminister Stegerwald und er einem Arbeitsbeschaffungsprogramm sehr skeptisch gegenüberständen"[79].

Für den Ernährungsminister Schiele schließlich – entsprechendes gilt für Schlange-Schöningen – bestand kein Zweifel, daß die Agrarpolitik und d. h. zugleich verstärkte Siedlung der einzige Ausweg aus der Krise sei. „3½ Millionen Arbeitslose haben ihr Schicksal der Arbeitslosigkeit dem Versagen des Binnenmarktes zu verdanken. Der Binnenmarkt kann aber nur durch eine konsequente Agrarpolitik zur Gesundung gebracht werden. Deshalb lautet das staatspolitische ceterum censeo: Agrarpolitik und nochmals Agrarpolitik! Das ist die einzige Forderung, der sich heute keiner mehr entziehen kann. Agrarpolitik ist heute Sache der Nation."[80]

Soweit einige Stellungnahmen führender Minister der Regierung Brüning. Dabei fällt auf, daß die Frage nach der Existenzfähigkeit der Siedler unter den klimatisch, verkehrstechnisch und von der Beschaffenheit des Bodens her ungünstigen Bedingungen in Ostdeutschland nicht gestellt wurde[81]. Stattdessen ist allein die Überlegung maßgebend, mit möglichst geringen finanziellen Mitteln die Sied-

---

[78] A. a. O., S. 451f. (12. April 1932).

[79] Vermerk der Reichskanzlei v. 7. April 1932; B.A. R 43 I, Bd. 1141. Es wird zugleich mitgeteilt, daß auch der einflußreiche Wirtschaftsführer Paul Silverberg in der Reichskanzlei gegen die Ausführungen Dietrichs protestierte.

[80] G. Horkenbach, Jg. 1932, S. 134 (Rundfunkrede v. 28. April 1932).

[81] Zu welch unhaltbaren Zuständen die Verwirklichung der Siedlungspläne von 1932 geführt hätte, zeigt die Tatsache, daß 1937 eine spezielle Osthilfe für die „Altsiedler", d. h. aus der Zeit von Anfang 1924 bis Ende 1933, mit den bekannten Maßnahmen wie Vollstreckungsschutz, Umschuldung usw. notwendig wurde. – Auf die Strukturprobleme der ostdeutschen Landwirtschaft hat neuerdings mit aller wünschenswerten Deutlichkeit Hans Raupach verwiesen: H. Raupach, Der interregionale Wohlfahrtsausgleich als Problem der Politik des Deutschen Reiches, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33, Stuttgart 1967, S. 13–34.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lung durchzuführen. Stegerwald hatte in seiner Vorlage vom 2. März 1932 für die Errichtung einer Siedlerstelle einen Baraufwand von 7900 RM festgesetzt und betont, daß es sich dabei nur um einen „Bruchteil dessen, was noch vor einem Jahr für unerläßlich gehalten wurde", handele[82]. Dietrich vertrat Mitte April die Ansicht, man könnte bereits mit 5000 RM je Stelle auskommen und setzte sich besonders für die kostensparende Holzbauweise ein[83]. Schlange-Schöningen ging noch darüber hinaus: „Ich glaube, daß man noch viel billiger wirtschaften kann, und meine, es lassen sich noch billigere Formen finden, um eine weit größere Massensiedlung hervorzurufen."[84]

Das Wort von der Primitivsiedlung taucht auf; in der Zwangsversteigerungsverordnung von Ende Mai 1932 ist von Notsiedlung die Rede. Am weitesten in dieser Hinsicht ging – was die Gesamtsituation kraß beleuchtet – der Reichsbankpräsident Luther. Er entwickelte unter dem Stichwort der „geldlosen Wirtschaft" den Plan einer Hilfswirtschaft der Erwerbslosen, d. h. die Anlage von Siedlungen durch gegenseitige Hilfe der Erwerbslosen. Dazu ließ er von der Reichsbankbauverwaltung entsprechende Pläne entwerfen und bezifferte den Preis für eine Kleinsiedlerstelle, auf der so etwas wie eine Blockhütte errichtet werden sollte, auf 1000 bis 1500 RM[85]. Der in Währungsfragen so überaus vorsichtige Reichsbankpräsident wurde in der Überwindung der der Primitivsiedlung entgegenstehenden bürokratischen Hemmnisse energisch: „Man muß radikal sein in der Beseitigung der baupolizeilichen Vorschriften."[86]

Nur wenn man sich vergegenwärtigt, welche zentrale Bedeutung der Siedlung als Mittel zur Überwindung der Krise bzw. der Abmilderung ihrer Folgen beigemessen wurde, ist es zu verstehen, daß die Regierung Brüning, ohne daß es darüber im Kabinett zu Meinungsverschiedenheiten gekommen wäre, eine so weitgehende und relativ radikale Maßnahme wie die Zwangsversteigerung der nicht entschuldungsfähigen Güter im Osten ins Auge faßte. Nicht die Zustimmungen über die Arbeitsbeschaffung, sondern über die Zwangsversteigerung, die die Voraussetzung für eine großzügige Siedlung schaffen sollten, müssen als die eigentliche Attraktion und Gegenleistung für die einschneidenden Kürzungen auf dem Gebiet der Arbeitslosenhilfe und Sozialversicherung angesehen werden.

Denn nur auf Grund der Bestimmungen über die Siedlung konnte Pünder Ende Mai 1932 das im Entwurf vorliegende Notverordnungswerk als „Gesamtlösung" ansprechen, eine Beurteilung, die die Konzeption der Regierung deutlich erkennen läßt. An eine großzügige Kreditschöpfung war schon allein aus Inflationsfurcht nicht zu denken, wobei die Entschiedenheit der Ablehnung noch durch die Überzeugung verstärkt wurde, daß sich auf diese Weise ohnehin keine Besserung er-

[82] B.A. R 43 I, Bd. 1289.

[83] Anlage zum Kab.prot. v. 12. April 1932.

[84] Schäffer-Tagebuch, S. 543 (12. April). Schiele hielt „den Betrag von 5000 Mark für eine Siedlerstelle für zu viel". Ebenda.

[85] B.A. R 43 I, Bd. 1141.

[86] Schäffer-Tagebuch, S. 440 (8. April 1932).

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reichen ließe. Umfassende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, auf ‚normalem' Wege finanziert, d. h. im Rahmen der herkömmlichen Methoden, verboten sich von selbst, da auf diese Weise keine Aussicht bestand, die erforderlichen Mittel zu erhalten. Angesichts der äußerst ungünstigen finanziellen Voraussetzungen sah daher die Planung ganz anders aus: „Mögliche Wirtschaftsankurbelung" bedeutete „vor allem" Siedlung, wobei der freiwillige Arbeitsdienst als kostensparende Realisierungsmöglichkeit stets in die Planung mit einbezogen wurde[87].

Nun läßt sich schwerlich etwas dagegen sagen, wenn man Arbeitslosen die Möglichkeit gab, Kleingärten zu erwerben und dort Nahrungsmittel für den eigenen Bedarf zu erzeugen. Etwas anderes ist jedoch die Emphase, mit der dieses Projekt betrieben wurde, und zwar immer unter dem Aspekt der landwirtschaftlichen Siedlung. Denn hierbei handelte es sich doch um eine langfristige Maßnahme, die bei einer Verbesserung der Konjunktur nicht einfach revidiert werden konnte. Wenn also die Regierung Brüning im Mai 1932 das Hauptgewicht ihrer wirtschaftspolitischen Aktivität auf die Siedlung legte, so liegt die Annahme nahe, daß sie an eine fühlbare Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in einem auch nur annähernd überschaubaren Zeitraum nicht glaubte.

Es ist nun nicht zu verkennen, daß Brüning in den Fragen der Siedlung und Arbeitsbeschaffung sich auffallend zurückhielt, während die Mitglieder seiner Regierung, besonders Stegerwald und Dietrich hier ein großes Engagement zeigten. Allerdings war auch er der Meinung, daß „die Siedlungsfrage in Verbindung mit der Arbeitslosenfrage gelöst" werden müsse[88]. Sein geringes Interesse an den Beratungen über diesen Sachbereich läßt wohl nicht auf eine grundsätzlich andere Einstellung schließen, es sei denn, man wollte annehmen, daß das Kabinett einen wesentlichen Bereich der Politik ohne bzw. gegen die Zustimmung seines Chefs entschied. Seine Zurückhaltung in diesen Fragen erklärt sich vor allem daraus, daß die Außenpolitik für ihn von besonderem Interesse war. Als Dietrich im Zusammenhang mit den Beratungen über die Arbeitsbeschaffung am 12. April auf den de facto nicht gedeckten Haushalt hinwies und aus diesem Grunde die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung betonte, reagierte Brüning scharf. „Wenn diese Dinge (ungedeckter Haushalt) durchsickern, kann man keine Außenpolitik mehr machen."[89] Daß diese Aussage – übrigens der einzige Diskussionsbeitrag Brünings – auf die Reparationspolitik abzielte, bedarf keiner näheren Begründung.

Das von Helbich angenommene Junktim von der endgültigen Lösung der Reparationsfrage und anschließender Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hatte sich

---

[87] Schnellbrief Pünders an die Kabinettsmitglieder v. 29. April 1932, in dem er im Auftrag Brünings die zunächst zu erledigenden Kabinettsarbeiten festlegt und u. a. einen Bericht wünscht „über den Stand der Vorarbeiten hinsichtlich einer möglichen Wirtschaftsankurbelung, vor allem über das Problem der Siedlung, wobei die Prämienanleihe und der Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes mitbehandelt werden müßten". B.A. R 43 I, Bd. 1456, Anl. zum Prot. v. 2. Mai 1932.

[88] Prot. d. Min.bespr. v. 5. Febr. 1932, B.A. R 43 I, Bd. 1455.

[89] Schäffer-Tagebuch, S. 450 (12. April 1932).

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bisher, was „die detaillierten Pläne" für das in Gang zu setzende Arbeitsbeschaffungsprogramm angeht, als nicht vorhanden erwiesen. Es gab einfach kein derartiges Programm für die Zeit nach dem Ende der Reparationen. Dies schließt theoretisch allerdings nicht die Möglichkeit aus, daß dennoch Abhängigkeiten der Wirtschaftspolitik von der Reparationsfrage bestanden.

Zur Klärung dieser Frage empfiehlt es sich, zuerst einmal zu prüfen, welche Rolle die Reparationspolitik bei den Beratungen über die Frage der Arbeitsbeschaffung gespielt hat. Tatsächlich finden sich, wie nicht anders zu erwarten, mehrfach Äußerungen, die eine Beziehung zwischen diesen beiden Problemkreisen herstellen. Einerseits zeigen sich reparationspolitische Bedenken an einzelnen Punkten; so spricht sich Brüning gegen das Abwracken von Schiffen[90] als Voraussetzung des arbeitschaffenden Neubaus oder gegen die Senkung der Reichsbiersteuer aus[91], was dennoch geschah und eine empfindliche Lücke im Haushalt verursachte[92]. Ebenso meldet der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Bülow Bedenken gegen die Förderung der „Russengeschäfte" durch das Reich an[93], andere Beispiele dieser Art ließen sich anfügen.

Ferner findet sich das reparationspolitische Argument als zusätzliche Begründung für die Zurückweisung eines nicht genehmen Sachverhaltes. So bringt die Reichskanzlei in ihrem ablehnenden Vermerk über die Arbeitsbeschaffungsvorlage Stegerwalds vom 3. März 1932 nach der Beschwörung der währungspolitischen Gefahren auch diesen Gesichtspunkt ins Spiel und stellt fest, daß über die Veröffentlichung der Vorlage im Reichswirtschaftsministerium „äußerste Besorgnis" herrsche, „auch aus reparationspolitischen Gründen"[94].

Schließlich gibt es noch eine weitere charakteristische Form der Erwähnung des Reparationsargumentes. So wird etwa in den Ressortbesprechungen über Arbeitsbeschaffung vom 1. und 5. April von dem Vertreter des Wirtschaftsministeriums die Frage der zentralen Kreditausweitung mit der Begründung ausgeklammert, daß dies eine politische, nur vom Kabinett zu entscheidende Angelegenheit sei, da hier das „Währungs- und Reparationsproblem" berührt werde[95]. Diese Koppelung der Währungs- und Reparationsfrage findet sich vor allem bei den Erörterungen der Regierung über den Wagemann-Plan[96], dessen Veröffentlichung die Regierung in

[90] Prot. d. Min.bespr. v. 25. Jan. 1932; B.A. R 43 I, Bd. 1455.

[91] Prot. d. Min.bespr. v. 18 Febr. 1932, a. a. O.

[92] Die Senkung der Biersteuer und die ebenfalls geplante Senkung der Branntweinsteuer verursachte einen geschätzten Einnahmeausfall von 150 Mill. RM – Schäffer rechnete mit erheblich mehr –, dazu kam die Postgebührensenkung in Höhe von 125 Mill., die wohl vor allem aus optischen Gründen im Rahmen der Lohn- und Preissenkung der 4. Notverordnung v. 8. Dez. 1931 zu sehen ist.

[93] Prot. d. Min.bespr. v. 2. März 1932, a. a. O.

[94] B.A. R 43 I, Bd. 2045.

[95] B.A. R 43 I, Bd. 2045.

[96] Vgl. Grotkopp, a. a. O., S. 179ff. und Kroll, a. a. O., S. 396ff. Der Plan Wagemanns bezweckte einerseits eine Reform des Bankensystems zur Wiederherstellung eines funktionsfähigen Kapitalmarktes und andererseits eine Änderung der Deckungsvorschriften der Reichsbank mit dem Ziel einer Kreditschöpfung.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine gelinde Panik versetzte, wobei sich Luther besonders hervortat und in dem Plan schlechthin die Inflation sah.

Auch Brüning erblickte darin eine Gefährdung der Politik der Reichsregierung und war der Ansicht, „daß es nicht möglich sein werde, die sozialen Reformen durchzuführen, wenn die Arbeitnehmerschaft glaube, daß durch künstliche Schöpfung von Krediten in Höhe von 2 Milliarden RM eine Besserung der Lage erreicht würde. Reparationspolitisch sehe er schwere Gefahren. Das Ausland würde glauben, daß Deutschland nun versuchen werde, durch künstliche Kreditschöpfung, seine Wirtschaft zu verbessern und den Reparationszahlungen zu entgehen."[97] In erster Linie sah er die Gefahr einer Erweckung von Illusionen, daß die Arbeiterschaft nämlich der irrigen Vorstellung zum Opfer fallen könnte, es gäbe noch andere Möglichkeiten als strikte Sparmaßnahmen, die von Brüning euphemistisch als „soziale Reformen" bezeichnet wurden. Die reparationspolitischen Gefahren bestanden seiner Meinung nach darin, daß das Ausland auf Grund dieses Plans befürchten müsse, daß Deutschland eine Inflation in Gang setzen wollte.

Gleichsam als Ausgleich für die entschiedene Ablehnung eröffnete Brüning einige vage positive Aussichten: „Es werde möglich sein, die Besserung der Wirtschaft auf anderen Wegen zu erreichen. Insbesondere müßten Maßnahmen zu Krediterweiterungen, gegebenenfalls mit äußerster Vorsicht und unauffällig, getroffen werden."[98] Diesen Äußerungen ist jedoch kein großes Gewicht beizumessen, sondern hierin muß, da später nichts in dieser Richtung von Brüning unternommen wurde, vor allem ein unverbindliches Ausweichen auf die Zukunft gesehen werden.

Die Bezugnahme auf das Währungs- und Reparationsproblem ist in erster Linie als eine wirksame Abwehrformel zu verstehen, wobei der währungspolitische Gesichtspunkt eindeutig im Vordergrund steht. Wenn man also ein Projekt aus währungs- und reparationspolitischen Gründen ablehnt, so ist dabei die Furcht vor einer unaufhaltsamen Inflation dominierend, während die gleichzeitige Erwähnung der reparationspolitischen Bedenken weitgehend als Rationalisierung der Inflationsangst angesehen werden muß. Daher stellt man die Dinge auf den Kopf, wenn man die übergroße Vorsicht der Regierung hinsichtlich der Währung lediglich auf das reparationspolitische Argument zurückführt. Da nämlich die auf Grund des Young-Plans und der Auslandsschulden zu leistenden Zahlungen auf dem Goldstandard beruhten und Deutschland daher vertraglich an die Aufrechterhaltung der bestehenden Währungsparität gebunden war, konnte man in diesem Bereich auf konkrete Schwierigkeiten hinweisen, während sich die allgemeine Inflationsfurcht nur schwer begründen ließ.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage der Abwertung der Reichsmark, die nach der Abwertung des englischen Pfundes im Herbst 1931 – besonders im Hinblick auf die dadurch gegebene Verschlechterung der Exportsituation – aktuell geworden war. Helbich vertritt die Ansicht, daß die naheliegende Konsequenz, durch Devalvation gleichzuziehen, in Deutschland nicht möglich gewesen

[97] B.A. R 43 I, Bd. 637. Vermerk über die Besprechung am 28. Jan. 1932.
[98] Ebenda.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wäre, da sie, abgesehen von den Auflagen des Young-Plans, an dem Widerstand der englischen und französischen Regierung scheitern mußte[99]. Zumindest für England traf dies nicht zu. Denn Brüning ist von englischer Seite mehrfach nahegelegt worden, ebenfalls abzuwerten. Brüning selbst berichtete am 4. März 1932, daß der englische Finanzsachverständige Layton auf seiner Fahrt nach Basel in Berlin Zwischenstation machte, „mit dem ausdrücklichen Auftrag der englischen Regierung, mich zu veranlassen, vom Goldstandard abzugehen. Ich habe ihm erklärt, ich sei zu einer solchen Devalorisierung bereit, sobald die Reparationen endgültig beseitigt seien."[100] Der Schlußsatz ist nun in der Tat eine überraschende Wendung, die auf den ersten Blick die These Helbichs, der allerdings selbst in diesem Zusammenhang von falschen Voraussetzungen ausgeht, bestätigen könnte. Stellt man aber diese Äußerung in den Zusammenhang der allgemeinen Regierungspolitik und insbesondere zur Einstellung gegenüber der Frage der Abwertung, so muß man in dieser Erklärung Brünings ein taktisches Ausweichen vor dem Problem der Abwertung sehen, indem er statt einer konkreten Stellungnahme die Gegenforderung der Reparationslösung erhob. Die tatsächliche Einstellung der Regierung zu dieser Frage kommt bei Schäffer klar zum Ausdruck. Als der Leiter der englischen Treasury, Leith-Ross, Mitte März 1932 in Berlin weilte, empfahl er Brüning wie Schäffer ebenfalls wieder die Abwertung, worauf ihm Schäffer erwiderte: „Ich habe ihm dargelegt, warum eine Devalvation für uns keine Erleichterung bedeute (Goldschulden) und daß sie wegen der Erinnerung der Bevölkerung an die Inflation sogar ganz unmöglich sei."[101] Man verspricht sich also von einer derartigen Maßnahme keine Vorteile und hielt angesichts der Inflationsangst eine Abwertung für ausgeschlossen, wobei sich allerdings die Frage stellt, ob die Inflationsfurcht der Bevölkerung nicht nur ein vorgeschobenes Argument war, das als Alibi für die Bedenken der Regierung angeführt wurde. Angesichts der Tatsache, daß die Regierung Brüning ansonsten den „Mut zur Unpopularität" so überaus stark betonte, kann die beflissene Rücksicht auf die Einstellung der Bevölkerung in diesem Punkt um so weniger überzeugen, als Brüning auf Grund der Rückendeckung durch den Artikel 48 durchaus in der Lage war, eine Maßnahme wie die Abwertung der Reichsmark innenpolitisch durchzusetzen.

Überblickt man nun die verschiedenen Äußerungen und Stellungnahmen, die die Frage der Reparationen mit der Wirtschaftspolitik in Verbindung bringen, so läßt sich zusammenfassend feststellen, daß von einer Abhängigkeit der Wirtschaftspolitik von dem Problem der Reparationen keine Rede sein kann. In Einzelfällen findet sich zwar eine Berücksichtung des reparationspolitischen Arguments unter

---

[99] Helbich, a. a. O., S. 56. Dabei stützt er sich auf die nachträgliche Behauptung Brünings in dem Brief an Dräger v. 13. 9. 54, in: H. Dräger, Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung, Düsseldorf (1956), S. 133: „Die Reparationsgläubiger bestanden auf das schärfste darauf, daß die deutsche Währung nicht an das Pfund Sterling angehängt werden dürfe . . .".

[100] Schäffer-Tagebuch, S. 522 (4. März 1932).

[101] A. a. O., S. 590 (21. März 1932).

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Gesichtspunkt, nicht durch Ungeschicklichkeiten das außenpolitische Klima zu verschlechtern. Die Verwendung des Begriffspaars der Währungs- und Reparationspolitik läßt bereits erkennen, daß der Akzent eindeutig auf der Frage der Sicherung der Währung lag, d. h., daß die Abwehr von sogenannten inflationistischen Tendenzen durch Kreditschöpfung das Hauptanliegen war. Daher ist dem Urteil Sanmanns voll beizustimmen, wenn er meint, daß Brüning „auch dann keine andere Wirtschafts- und Finanzpolitik getrieben hätte, wenn das Reparationsproblem nicht vorhanden gewesen wäre"[102].

Wenn sich also in dem engeren Kreis der Regierung keine Abhängigkeit zwischen der Reparationspolitik und der Arbeitsbeschaffung in der Weise feststellen läßt, daß man der staatlichen Arbeitsbeschaffung zwar grundsätzlich positiv gegenüberstand, sie aber bewußt hinter die Lösung der Reparationsfrage schaltete, so bleibt noch die Klärung eines wesentlichen Sachverhalts übrig. Zu fragen ist nämlich, wie im Frühjahr 1932 das Reparationsproblem und die Chancen seiner endgültigen Lösung von Brüning bewertet und eingeschätzt wurden. Zuvor müssen jedoch einige kritische Bemerkungen zur Beurteilung des Gesamtkomplexes der Reparationen in der Ära Brüning gemacht werden.

Gegenüber der These Helbichs, daß die Reparationspolitik Brünings ein geschlossenes Ganzes dargestellt habe und von Anfang an konsequent auf die Lösung dieses Problems ausgerichtet gewesen sei, ist eine grundsätzliche Skepsis angebracht. Vielmehr zeigt sich, daß die Reparationspolitik Brünings bis zum Frühjahr 1931 sich in dem traditionellen Rahmen bewegte und erst in der schweren Krise der Monate Juni und Juli jene Relevanz erhielt, die ihr bis zur Konferenz von Lausanne ihre spezifische Bedeutung verlieh. Selbstverständlich spielte schon vorher auch bei Brüning wie bei jeder deutschen Regierung seit 1919 die Reparationsfrage eine erhebliche Rolle. Jedoch kann von einer Priorität der Reparationspolitik und damit dem Primat der Außenpolitik nicht gesprochen werden.

Vielmehr trifft das Gegenteil zu. Ausgangspunkt für den Entschluß im Frühjahr 1931, in der Reparationsfrage aktiv zu werden, war die rapide Verschlechterung der inneren Situation, konkret die prekäre Finanzlage, da sich bereits zu diesem frühen Zeitpunkt für 1931 ein Defizit von 450 Millionen abzeichnete[103]. In einer Chefbesprechung über die Reparationsfrage am 7. Mai, die gewissermaßen einen neuen Kurs festlegte, stellte Brüning angesichts dieses Fehlbetrages fest, daß ein Ausweg nur durch Erleichterungen auf dem Gebiet der Reparationen gefunden werden könnte und erklärte: „Nach außen hin dürfe man nicht zugeben, daß man sich aus innerpolitischen Gründen zu Schritten auf dem Reparationsgebiet drängen lasse. Allerdings sei es fraglich, wie lange wir noch davon absehen können, die Notleine der Reparationen zu ziehen. Ursprünglich habe man ins Auge gefaßt gehabt, mit Revisionsschritten drei Jahre zu warten, und zwar aus verschiedenen Gründen. Man dürfe auch nicht an die Sache herangehen in einer Zeit, wo wir festgefahren seien. Nach Verkündigung der neuen Notverordnung müsse man Freiheit in der

[102] H. Sanmann, a. a. O., S. 131.

[103] H. Pünder, a. a. O., S. 90f. (Eintragung zum 9. März 1931).

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sache behalten, bis Frühjahr 1932. Die materielle Änderung müsse aufgeschoben werden bis a) nach der Neuwahl des Präsidenten in Amerika, b) nach der Neuwahl des Parlaments in Frankreich, c) bis nach der Abrüstungskonferenz."[104] Brüning stellte also fest, daß sein ursprünglicher Zeitplan in der Weise zu modifizieren sei, daß man schon im Frühjahr 1932 aktiv werden müsse, um Ende 1932 zu konkreten Ergebnissen zu gelangen.

Angesichts der bisherigen Planung Brünings, die mit einem größeren Zeitraum in der Behandlung der Reparationsfrage rechnete, erklärt sich auch das Engagement in der Frage der Zollunion mit Österreich, da die Inangriffnahme dieses Projektes vor der für eine spätere Zeit vorgesehenen Aktivierung der Reparationspolitik lag, so daß sich keine Kollision ergeben konnte. Denn gelinde ausgedrückt, mußte der Plan einer Zollunion bei dem zu erwartenden Widerstand vor allem von französischer Seite eine „mehr störende als förderliche" Rolle[104a] spielen, wenn man zur gleichen Zeit eine Revision der Reparationen anstrebte.

Brüning wollte also seinen Zeitplan modifizieren, was allerdings keinen totalen Kurswandel, sondern nur eine engere Terminierung bedeutete, d.h., daß er schon im Frühjahr 1932 die Reparationsfrage aufrollen und in der Zwischenzeit mit Hilfe der geplanten Notverordnung die „Finanzsanierung" weiter vorantreiben wollte. Er plante keine spektakulären Schritte in nächster Zukunft, sprach sich gegen die Erklärung eines Moratoriums von deutscher Seite aus und beabsichtigte durch die geplanten scharfen Sparmaßnahmen auf Grund der Notverordnung die öffentlichen Finanzen soweit wie möglich zu sanieren, um dann 1932, im entscheidenden Stadium der Reparationsfrage, eine möglichst starke Position in den Verhandlungen zu haben[105].

Zur Herbeiführung des Eindrucks einer erhöhten Aktivität in der deutschen Öffentlichkeit schlug er eine zweigleisige Taktik vor, deren Hauptmerkmal ein geradezu erschreckendes Wunschdenken war: „Innerpolitisch sei nötig, daß bei Erlaß der Notverordnung im Volk der Eindruck erweckt werde, daß die Revision schon eingeleitet sei; im Ausland dagegen müsse der Eindruck erweckt werden, daß wir alle Anstrengungen machen, um den Plan zu erfüllen. Der ganze Fragenkomplex müsse in Bewegung gehalten werden bis Anfang 1932. Bis dahin dürfe Deutschland es nicht zu entscheidenden Verhandlungen kommen lassen. Man müsse die Stimmung und die Bewegung narkotisieren, wenn sie zu rasch voran-

[104] B.A. R 43 I, Bd. 311.

[104a] W. Conze, Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929–1933, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Dt. Reiches, S. 224.

[105] In der Ministerbesprechung v. 30. Mai deutete Brüning, allerdings eher beiläufig, die Möglichkeit einer baldigen Aktivität an; er war zwar ebenfalls der Ansicht, daß es besser sei, „die Entscheidung bis zum Frühjahr oder sogar bis zum Sommer 1932 zu vertagen, aber es werde unmöglich sein, innerpolitisch so lange auszuhalten. Aus innerpolitischen Gründen werde Ende Juni ein Schritt getan werden müssen." Aber das sollte offensichtlich keine grundlegende Veränderung der Situation herbeiführen: „Die Entscheidung im Sinne der Gesamtrevision des Young-Plans werde auch in einem solchen Fall ja erst viel später fallen." B.A. R 43 I, Bd. 311 (Prot.auszug v. 30. 5.).

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dränge, oder aber beleben, wenn sie zu stark einzuschlafen drohe."[106] Diese Überlegungen[107] sind der Ausgangspunkt für den mit der Verkündung der Notverordnung vom 5. Juni 1931 zugleich veröffentlichten „Tributaufruf"[108]. Beides, die einschneidenden Sparmaßnahmen der Notverordnung und der sogenannte Tributaufruf, lösten in der nach dem Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt ohnehin nervösen Atmosphäre eine beispiellose Krise aus, die auch durch das Hoover-Moratorium nicht voll aufgefangen werden konnte und in der Bankenkrise ihren abschließenden Höhepunkt fand[109].

Denn der genannte Aufruf[110], der sich mit starken Worten gegen die Reparationen wandte, von Tributzahlungen sprach und in der drohenden Ankündigung gipfelte: „Die Grenze dessen, was wir unserm Volke an Entbehrungen aufzuerlegen vermögen, ist erreicht", bewirkte genau das Gegenteil von dem, was er beabsichtigte. Denn innenpolitisch hatte er angesichts der radikalen Einsparungen in keiner Weise den gewünschten Effekt, dafür wirkte er um so stärker im Ausland, und zwar wie die Ankündigung des Zahlungsstops mit der Konsequenz, daß ausländische Gelder im größten Umfang aus Deutschland abgerufen wurden und zugleich deutsches Kapital ins Ausland flüchtete[111]. Wie besorgniserregend diese Entwicklung auch dem Ausland erschien und wie sehr man die Gefahr eines finanziellen Zusammenbruchs Deutschlands deutlich vor Augen hatte, zeigt u. a. die Tatsache, daß Hoover von sich aus die Initiative ergriff und ein allgemeines Schuldenfeierjahr vorschlug, das nach zähen Verhandlungen Anfang Juli erklärt wurde[112].

Brünings ursprüngliche Planung war wie ein Kartenhaus zusammengestürzt. Nachdem die Regierung wider Willen „in die Reparationsfrage reingeschlittert"[113] war, konnte zwar früher als erwartet ein Moratorium erreicht werden, jedoch nur auf Grund einer die Fundamente erschütternden Finanzkrise. Das Reich zahlte seit dem Juli also keine Reparationen mehr und war dadurch zusammen mit den

[106] Niederschrift über die Besprechung am 7. Mai 1931, ebenda.

[107] Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931, München 1967, S. 69, hat mit hinreichender Deutlichkeit auf die Irrealität einer „nur" auf die Innenpolitik gerichteten Taktik hingewiesen.

[108] C. Horkenbach, Jg. 1931, S. 194.

[109] Helbich ist dagegen der Meinung, daß die Notverordnung in erster Linie maßgerecht für den Besuch in Chequers produziert worden sei, und sieht in ihr vor allem den Beweis für die „reparationspolitische Bestimmung der Finanzpolitik" (S. 38) als „erste Synchronisierung finanz- und außenpolitischer Schritte" (S. 41).

[110] Die erste Fassung des Aufrufs stammte von Dietrich und wurde von Wirth und von Guérard heftig kritisiert, was Schäffer zu der indignierten Bemerkung von „Streit der Kleinbürger, wer das bessere Deutsch schreibt" veranlaßte. Schäffer-Tagebuch, S. 184 (5. Juni 1931).

[111] Diesen wichtigen Sachverhalt hat Keese nachgewiesen; D. Keese, Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925–1936, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Dt. Reiches, S. 70ff.

[112] Es ist geradezu paradox, wenn Helbich (S. 39) behauptet: „Die Politik der Finanzsanierung . . . hatte mit der Verkündung des Hoover-Moratoriums am 20. Juni ihren ersten großen Erfolg auf dem Gebiete der Reparationspolitik, der sie dienen sollte, errungen."

[113] Schäffer-Tagebuch, S. 221 (15. Juni 1931).

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einsparungen durch die Juni-Notverordnung, die dennoch nicht rückgängig gemacht wurden, und der Gehaltsenkung der Beamten im Dezember 1931, in der Lage, einigermaßen über den Winter zu kommen, bis sich Anfang 1932 die Notwendigkeit zu weiteren Einsparungen zeigte.

Mit dem Hoover-Moratorium war die Reparationsfrage ein vorrangiges Thema der internationalen Politik geworden, nicht zuletzt deshalb, weil geklärt werden mußte, was nach dem Ablauf des Feierjahres geschehen sollte. Seit dem Herbst zeichnete sich in der Regierung Brüning der Wille ab, sich nicht auf einen Schuldennachlaß und Behelfsregelungen einzulassen, sondern zu einer Gesamtlösung im Sinne der Streichung der Reparationen zu gelangen[114]. Um dieses Ziel zu erreichen, setzte man auf den Zeitfaktor, d. h. auf die wachsende Einsicht der Reparationsgläubiger angesichts der ständigen Verschärfung der Krise, daß man generell mit den Reparationen Schluß machen müsse. Daher war man an der ursprünglich im Januar geplanten Reparationskonferenz nicht interessiert, sondern trug durch die öffentliche Ankündigung, daß man auch in Zukunft keine Reparationen mehr zahlen könne, nach Kräften zur Vertagung der Konferenz auf den Juni bei[115].

Anfang Januar 1932 rechnete Brüning noch mit einer Lösung der Reparationsfrage im Sommer 1932 und sah eine weitere Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt als gefährlich an, „denn eine Hinauszögerung der entscheidenden politischen Konferenz bis zum November bringe die Reichsregierung um die Chance, die Situation innenpolitisch lange genug durchzuhalten"[116]. Im März hatte Brüning allerdings seine Auffassung geändert und sah nun den Juni-Termin als verfrüht an: „Wir können auch nicht damit rechnen, im Sommer mit der Reparationsfrage fertig zu werden."[117] Er hielt die angestrebte Gesamtlösung vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen im November 1932 für nicht realisierbar. Für den Fall, daß Hoover nicht wieder gewählt werden würde, müsse man mit der Notwendigkeit, bis zum Frühjahr 1933 durchzuhalten, rechnen. Hierbei handelt es sich keineswegs lediglich um eine vereinzelte, vielleicht sogar stimmungsmäßig bedingte Äußerung. Die zahlreichen Belege, die sich dafür bei Schäffer finden, erweisen ohne den geringsten Zweifel, daß dies die feste Planung Brünings war[118].

Daraus zog Schäffer für sich selbst die Konsequenz und reichte seinen Abschied

---

[114] Vgl. etwa die Instruktion Brünings an den Washingtoner Botschafter v. Prittwitz v. 26. Okt. 1931, B.A. R 43 I, Bd. 316.

[115] C. Horkenbach, Jg. 1932, S. 28f. – Obwohl Helbich (S. 88f.) den Hauptakzent auf die wahrscheinlich durch Indiskretion ermöglichte Reuter-Veröffentlichung der dt. Note v. 8. Jan. 1932 an London legt, ist an der zentralen Bedeutung des Brüningschen WTB-Interviews v. 9. Jan. nicht zu zweifeln, das nach Pünder nicht die Funktion der Beschwichtigung (wie Helbich meint), sondern eher der Bekräftigung des dt. Standpunktes im Sinne der Zahlungsunfähigkeit hatte. Zum Interview selbst vermerkt Pünder beifällig, er hätte „die ‚Pastete' gebacken, die Bülow mit dem außenpolitischen ‚Frikassee' füllen sollte". H. Pünder, a. a. O., S. 112.

[116] B.A. R 43 I, Bd. 335; Vermerk über die rep. pol. Aussprache v. 5. Jan. 1932.

[117] Schäffer-Tagebuch, S. 306 (4. März 1932).

[118] A. a. O., S. 317, 351, 388, 422.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ein, da er die von Brüning geforderte Zusicherung, daß man bis zum Frühjahr 1933 finanziell durchhalten könnte, angesichts des ohnehin unzureichend gedeckten Etats nicht geben konnte. Daß Brüning von dieser Planung nicht abging, zeigt die letzte unter seinem Vorsitz abgehaltene Reparationsbesprechung am 27. Mai, als deren Ergebnis im Hinblick auf die Lausanner Konferenz festgehalten wurde: „Bei den Verhandlungen wird Deutschland an seinem bisherigen Standpunkt festhalten müssen, daß wir weder jetzt noch in absehbarer Zeit zu irgendwelchen zusätzlichen Reparationsleistungen in der Lage sind. Darum werden wir die Streichung der Reparationen fordern müssen. Diese Forderung wird sich allerdings kaum sofort durchsetzen lassen, wenigstens noch nicht auf dieser Konferenz."[119]

Damit ist wohl mit hinlänglicher Sicherheit deutlich geworden, daß sich Brüning selbst *nicht* 100 Meter vor dem Ziel glaubte. Dieses Wort muß vielmehr als Beschwörungsformel verstanden werden, die erst nach seinem Sturz und der kurze Zeit später erfolgten Reparationsregelung in Lausanne nachträglich eine Bedeutung erhalten hat, die ihr nicht zukommt, wenn man sich die eigene Planung Brünings vergegenwärtigt. Statt dessen rechnete er mit erheblich größeren Zeiträumen.

Die Lösung der Reparationsfrage sollte die Voraussetzung für die positive Veränderung der wirtschaftlichen Situation schaffen, aber nicht in dem engen Sinne – wie Helbich annimmt – einer unmittelbar darauf folgenden staatlichen Arbeitsbeschaffung, sondern in einem wesentlich weiteren Rahmen. Brüning betrachtete die Wirtschaftskrise grundsätzlich unter dem Aspekt des weltwirtschaftlichen Gesamtzusammenhangs und sah daher eine von deutscher Seite unabhängig davon unternommene wirtschaftspolitische Aktivität für verfehlt an. So erklärt er beispielsweise im November 1931: „Die Aufwärtsentwicklung werde kommen, wenn die Preise in der Welt wieder allgemein steigen. Darüber seien sich alle Theoretiker einig. Deutschland habe aber keine Macht, an der Weltpreislage etwas zu ändern."[120]

An der Reparationsfrage war für ihn vor allem das psychologische Moment entscheidend. Aus diesem Grund zielte er auch unbeirrbar auf die Gesamtlösung ab und wies Vorschläge, die ein mehrjähriges Moratorium vorsahen, entschieden zurück. Dies geschah nicht aus finanziellen Erwägungen, denn es war für alle Beteiligten völlig eindeutig, daß Deutschland vorerst keine Reparationen zahlen konnte. Die Gesamtlösung sollte endgültig dieses leidige Thema vom Tisch bringen, um so die Voraussetzung für eine „allmähliche Befriedung der Weltwirtschaft und Wiederankurbelung internationalen Vertrauens"[121] zu schaffen. Daß diese Wiederbelebung der Weltwirtschaft – Brüning setzte dabei seine Erwartungen vor allem auf eine Reaktivierung des Freihandels[122] – nicht in Jahresfrist zu bewerkstelligen war, versteht sich von selbst.

---

[119] B.A. R 43 I, Bd. 537; Aufzeichnung über eine rep. pol. Besprechung in der Reichskanzlei unter Vorsitz Brünings v. 27. Mai 1932.

[120] B.A. R 43 I, Bd. 1166; Brüning vor dem Wirtschaftsbeirat am 11. Nov. 1931.

[121] B.A. R 43 I, Bd. 535, Vermerk Pünders v. 14. Jan. 1932.

[122] Brüning am 21. März 1932: „Leith-Ross und ich waren vollkommen einig darin, daß

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Darüber hinaus ist bei Brüning eine gewisse Skepsis festzustellen, was das Ausmaß der daraus sich ergebenden Verbesserung der wirtschaftlichen Situation angeht. Das kommt etwa bei den Besprechungen mit den Vertretern der Spitzengewerkschaften am 13. Mai 1932 zum Ausdruck, wenn er meint: „Nach jedem Kriege müsse die Lebenshaltung der am Kriege beteiligten Völker herabsinken. Das sei immer so gewesen. Nach dem Weltkriege habe man sich dieser Erkenntnis aber bisher verschlossen. Man habe im Gegenteil geglaubt, die Lebenshaltung erhöhen zu können. Jetzt zeige sich der Rückschlag in verschärfter Form."[123] In seinen Ausführungen vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages am 26. Mai 1932 kommt diese Einstellung noch einmal klar zum Ausdruck: „Mit der Wiederkehr dieses Vertrauens allein ist es möglich, daß das Kapital wieder in Anlagen hineingeht. Damit allein ist die Möglichkeit geschaffen, die Arbeitslosigkeit, die die Welt zu vernichten droht, langsam wieder zu beseitigen und in eine Ära zu kommen, die zwar keine Prosperität im Sinne der Jahre 1927 und 1928 bedeutet, die aber eine Lebensmöglichkeit für die Völker und für alle Schichten der Völker schaffen kann."[124]

Ausgehend von der Überzeugung, daß wirtschaftliche Entwicklungen von einer langfristigen Gesetzmäßigkeit bestimmt werden, konnten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur dann sinnvoll sein, wenn sie diese Grundgegebenheiten berücksichtigten[125], d. h. wenn sie erst nach dem Umschlag des Konjunkturtrends zur Verstärkung der Aufwärtsentwicklung vorgenommen würden. Daher waren für ihn davon unabhängige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf der Grundlage einer Kreditschöpfung nicht nur als letztlich vergebliche Forcierung eines längeren Entwicklungsprozesses, die bestenfalls „vorübergehend eine kleine Erleichterung bringen könnte"[126], verfehlt, sondern wegen der unausbleiblichen Erschütterung der Währung äußerst gefährlich. Denn Brüning war zutiefst davon überzeugt, daß die Kreditschöpfung das auslösende Moment für einen Prozeß sei, der unaufhaltsam zur Inflation führen würde. Daher warnte er in seiner letzten Reichstagsrede eindringlich vor der Vorstellung, „aus einer Prestigepolitik heraus . . . mit einer auch sehr stark gesteigerten Arbeitsbeschaffung Wunder bewirken zu können; denn eine Arbeitsbeschaffung wird endgültig das Rad nach oben hin erst treiben, wenn der Tiefpunkt einer Krise schon überwunden ist"[127].

Wann aber rechnete Brüning mit dem Erreichen des Tiefpunktes? Einen deutlichen Hinweis geben die Anfang Januar geführten Beratungen über die einzu-

in ein bis zwei Jahren, wenn wir nicht zu einer freihändlerischen Politik kämen, Europa zugrunde geht, wenigstens wirtschaftlich." Schäffer-Tagebuch, S. 390.

[123] B.A. R 43 I, Bd. 2045.

[124] Heinrich Brüning, Reden und Aufsätze eines deutschen Staatsmanns, Hrsg. v. W. Vernekohl (†) u. Mitw. v. R. Morsey, Münster 1968, S. 188.

[125] Aus diesem Grunde polemisierte er in seiner letzten Reichstagsrede gegen diejenigen, die glaubten, „mit tausend möglichen Patentmedizinen hier in Deutschland oder anderswo in der Welt isoliert die Dinge wesentlich bessern zu können". Sten.Ber. Bd. 446, S. 2597 (B).

[126] A. a. O., S. 2599 (C).

[127] Sten.Ber. d. R.T. Bd. 446, S. 2601 (C).

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schlagende Taktik in der Reparationsfrage, bei denen im Zusammenhang mit der Ablehnung eines mehrjährigen Moratoriums auch eine Prognose über die Dauer der Krise geäußert wurde. Warmbold wies darauf hin, „daß man sich nach sachverständiger Voraussage noch auf drei weitere Krisenjahre gefaßt machen müsse". Brüning wußte es sogar noch etwas genauer und teilte mit, „daß auch Herr Wiggin die endgültige Überwindung der Krise erst für Herbst 1934 erwarte". Aus diesem Grunde sprach er sich gegen ein 2-3jähriges Moratorium aus, „damit nicht der etwaige Wiederbeginn des Reparationsproblems mit dem Beginn des Konjunkturanstieges zusammentreffe"[128]. Da der Tiefpunkt also offensichtlich in Kürze noch nicht zu erwarten war, mußten Maßnahmen zur Überbrückung getroffen werden. Es ist daher kein Zufall, daß Brüning im Reichstag im unmittelbaren Anschluß an die obigen Ausführungen über Arbeitsbeschaffung auf die Bedeutung des freiwilligen Arbeitsdienstes als eines Mittels „zur Linderung der moralischen und psychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit" hinwies. Von dem so häufig apostrophierten „Wettlauf mit der Zeit" ist wenig zu bemerken.

In der politischen Konzeption Brünings lassen sich im Frühjahr 1932 zwei Hauptgesichtspunkte erkennen, die sich gegenseitig bedingen. Auf der einen Seite findet sich die außenpolitische Aktivität zur Lösung der Reparationsfrage als Voraussetzung für den Wiederaufstieg der Weltwirtschaft aus dem Krisentief, dem sich Deutschland dann gleichsam anschließen würde, und auf der anderen Seite die Anpassung der innerdeutschen Verhältnisse an diese Perspektive, und zwar durch Sparmaßnahmen in der Arbeitslosenhilfe, Siedlung und zur „seelischen Ablenkung" durch freiwilligen Arbeitsdienst und Notstandsarbeiten.

Angesichts dieser Konzeption, die nur einen sehr geringen Spielraum für eine wirtschaftspolitische Aktivität zur Bekämpfung der innerpolitischen Radikalisierung beließ, ist es durchaus verständlich, daß für Brüning der Begriff des Durchhaltens eine immer größere Bedeutung gewann. Staatssekretär Schäffer, der in seinen wirtschaftspolitischen Grundanschauungen mit denen Brünings weitgehend übereinstimmte und als sein entschiedener Anhänger in der Reparationspolitik angesehen werden muß, glaubte aber seine weitere Mitarbeit angesichts dieses starren, die innerpolitischen Realitäten nicht berücksichtigenden Kurses nicht mehr verantworten zu können und wies Brüning beschwörend auf mögliche Konsequenzen seiner Politik hin: „Sie haben, Herr Reichskanzler, bei einer der letzten Sitzungen des Wirtschafts-Ausschusses des Kabinetts das Wort ausgesprochen, daß es zu den Eigenheiten des deutschen Volkes gehöre, kurz vor der Erreichung des Zieles den Mut zu verlieren und zusammenzuklappen. – In den zwei Fällen, in denen ich Gelegenheit hatte, derartige Vorgänge zu beobachten, im Jahre 1918 und im Jahre 1923, war mein Eindruck, daß die Ziele, die von den Führern gesetzt wurden, so waren, daß sie über die vorhandenen Kräfte des Volkes hinausgingen. Im Jahre 1923 war es sogar so, daß der verantwortliche Leiter die Stimmen nicht hören wollte, die ihm immer wieder den Zeitpunkt, in dem die Kräfte nicht mehr

[128] B.A. R 43 I, Bd. 335, Vermerk über rep. pol. Aussprache v. 5. Jan. 1932.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ausreichen würden, ankündigten. So kam es, daß in beiden Zeitpunkten aus möglichen Einigungen deutsche Kapitulationen wurden, die sich bei richtiger Einschätzung der Kräfte hätten vermeiden lassen. Die Erinnerung an diese Vorgänge sind der Alp, der mich bei unserer Behandlung der Reparationsfrage ständig bedrückt."[129]

Welches Ergebnis sich Brüning von seiner Reparations- und Durchhaltepolitik erhoffte, sprach er vor dem Reichstag aus: „Wenn das deutsche Volk die Nerven behält, wenn das Letzte darangesetzt wird, um durch Zusammenfassung der dem Volk zur Verfügung stehenden Kräfte in den nächsten Monaten das Höchste zu leisten, ist das deutsche Volk ganz bestimmt nicht dasjenige, was etwa unter den ersten oder den nächsten Völkern sein würde, die infolge der allgemeinen Krise zusammenbrechen würden."[130] Abgesehen von der seltsamen Vorstellung, daß ein Volk zusammenbrechen kann, wird bei dem Appell an die Nervenkraft und den Durchhaltewillen des Volkes ein überaus bedenkliches Moment sichtbar. Wenn er intern erklärt: „Es darf das deutsche Volk im letzten Rennen nicht kurz vor dem Ziel zusammenbrechen, wie es dies leider gewöhnlich tut"[131], so zeigt sich hier bei der intendierten Durchhaltepolitik der Versuch, sich schon frühzeitig ein Alibi für den möglichen Fall des Scheiterns zu verschaffen.

Diese Verhaltensweise muß vor allem als Ausdruck dafür angesehen werden, daß sich Brüning mit seiner Politik im Frühjahr 1932 festgefahren hatte. Das Tagebuch Schäffers enthält eine Fülle von Belegen über die erschreckende Desorientiertheit des engeren Kreises der Regierung. So macht sich bei den Ministern Dietrich und Stegerwald, die Pünder einmal zusammen mit Brüning als Triumvirat bezeichnet hatte, eine zunehmende Entfremdung von Brüning bemerkbar. Dietrich stellt resignierend fest: „Ja, was der Kanzler will, weiß keiner"[132], und Stegerwald beklagt sich: „Im ganzen komme er gar nicht dazu, den Kanzler ordentlich zu sprechen. Es ereigneten sich auch so merkwürdge Dinge wie der Nationalsozialisten-Erlaß der Reichswehr und wie der Empfang des Hauptmanns Röhm durch den Reichsinnenminister, ohne daß die Kabinettsmitglieder davon eine Ahnung hatten."[133]

Nach der eigenen Einschätzung Brünings war im Mai 1932 noch kein Erfolg seiner Politik abzusehen. Aus einer verfehlten wirtschaftspolitischen Einstellung heraus, die ihn die Arbeitsbeschaffung als eine Maßnahme der Wirtschaftsankurbelung ablehnen ließ, erblickte er in der Reparationsfrage einen Ansatz für eine Verbesserung der Gesamtsituation dergestalt, daß durch ihre Lösung eine allge-

[129] Abschrift des Entlassungsgesuches Schäffers an Brüning v. 19. März 1932; Archiv d. I. f. Z. Anlagen zum Schäffer-Tagebuch.

[130] Sten.Ber. Bd. 446, S. 2597. – Schäffer interpretierte diesen Passus dahingehend, daß Brüning der Meinung gewesen sei, „daß eine Anzahl von Ostmächten noch vor uns zusammenbrechen werden und daß diese Tatsache die Franzosen zu einer nachgiebigeren Haltung bewegen wird". Schäffer-Tagebuch, S. 536 (14. Mai 1932).

[131] A. a. O., S. 307 (4. März 1932).

[132] Schäffer-Tagebuch, S. 433 (7. April 1932).

[133] A. a. O., S. 398 (22. März 1932).

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

meine Belebung der Weltwirtschaft erfolgen könnte, die sich positiv auch auf die deutsche Wirtschaft auswirken würde. Von dieser mit längeren Fristen rechnenden Beurteilung her gewinnt erst die Frage der Siedlung, deren Bedeutung in diesem Zusammenhang nicht erkannt worden ist, ihr spezifisches Gewicht. Die positive Einschätzung der Siedlung ergab sich einerseits aus einer allgemein konservativ-industriefremden Einstellung und andererseits aus der Überzeugung, daß die voraussichtlich noch langandauernde Krise die Unterbringung der Arbeitslosen auf dem Lande erforderlich mache. Aus dieser Perspektive, dem Bewußtsein, noch eine lange Durststrecke vor sich zu haben, erklärt es sich wohl weitgehend, daß Brüning ohne den geringsten Versuch des Widerstandes seinen Platz räumte, als ihm Hindenburg sein Vertrauen entzog. Hätte Brüning tatsächlich seine Politik auf die Trumpfkarte der Reparationslösung abgestellt und diese in der Entfernung der ominösen 100 Meter geglaubt, so bliebe seine schnelle Resignation allerdings unverständlich und ließe sich auch nicht nur mit dem Treuekomplex zum „alten Herrn" erklären.

Die These von der absoluten Priorität der Reparationsfrage, der die gesamte innere Politik untergeordnet worden wäre, ist nicht etwa nur als Übersteigerung eines an sich richtigen Sachverhaltes zu korrigieren, sondern muß als eine Konstruktion angesehen werden, die in ihrer Geschlossenheit zwar beeindruckend ist, aber das historische Bild verzeichnet.

Das Junktim von Reparationslösung und Arbeitsbeschaffung hatte sich als nicht vorhanden erwiesen. Für Brüning hatte die erstrebte Gesamtlösung vor allem die psychologische Funktion der Wiederherstellung des Vertrauens als Voraussetzung für eine allgemeine Erholung der Weltwirtschaft – ein für seine Politik zweifellos wichtiger Faktor, dem aber niemals – auch nicht aus der Sicht Brünings – die absolute Priorität eingeräumt werden konnte.

Doch wenn man einmal annimmt, daß Brüning die Konferenz von Lausanne und ihre Ergebnisse noch im Amt erlebt hätte, also selbst noch die Ernte in die Scheuern hätte fahren können, so ist es höchst fraglich, ob Brüning einen wesentlich größeren innerpolitischen Erfolg als Papen daraus erzielt haben würde. Angesichts der in den Frühjahrswahlen zum Ausdruck gekommenen innerpolitischen Zerrissenheit erscheint es recht unwahrscheinlich, daß die radikalisierten Massen diesen Erfolg der „Erfüllungspolitik" noch honoriert hätten, zumal sich in finanzieller Hinsicht nichts geändert hätte, da Deutschland bereits seit dem Juli 1931 keine Reparationen mehr zahlte. Was schließlich die von Brüning erhoffte Belebung der Weltwirtschaft durch die Lösung der Reparationsfrage angeht, so erfüllten sich diese Erwartungen keineswegs, wie die überall verstärkten Schutzzoll- und Kontingentierungsmaßnahmen zeigten, die ihren Höhepunkt in den Verträgen von Ottawa fanden, mit denen sich das Commonwealth durch ein System der Vorzugszölle gegen die Konkurrenz abschirmte, während Brünings Hoffnungen auf Ausweitung des Freihandels besonders auf England gerichtet waren.

Jahrgang 17 (1969), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1969_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte